Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Mona' August 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1046, 1047 2211. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Dienstag, den 5. August 1924** | **4. Jahrgang · Nr. 180**

Immer neuer Verrat

Die Gewerkschaftsführer beim Arbeitsminister — Der Schwindel mit dem Washingtoner Abkommen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 5. August.

Die Spitzengewerkschaften, vor allem die freien Gewerkschaften, hatten eine Besprechung beim Reichsarbeitsminister Braun über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Die Vertreter der Gewerkschaften verlangten, daß mit der Annahme des Sachverständigenplanes auch dessen sozialpolitischen Auswirkungen gesetzgeberisch geregelt werden müßten. Die Gewerkschaften forderten beschleunigte parlamentarische Verabschiedung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Sie drohten anderenfalls die Entscheidung durch Volksentscheid herbeizuführen. Der Reichsarbeitsminister antwortete, daß die Reichsregierung beim nächsten Zusammentreten des Reichstages über die Frage sprechen werde. Der von den freien Gewerkschaften gebildete Propagandaausschuß für den Volksentscheid erklärte, daß er zunächst die Stellungnahme der Regierung im Reichstag abwarten werde, bevor weitere Schritte unternommen werden.

*

Mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens soll die Arbeiterschaft erneut betrogen werden. Es gibt nur eins: entweder die Durchführung der Sachverständigenpläne oder den Achtstundentag. Das Washingtoner Abkommen sieht wohl grundsätzlich den Achtstundentag vor, läßt aber soviel Möglichkeiten zur Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit, daß der Achtstundentag nicht zur Regel, sondern zur Ausnahme wird.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben im Ausland die Nachricht verbreitet, daß in Deutschland die achtstündige Arbeitszeit nur in wenigen Betrieben beseitigt ist. Nach einer Statistik des ADGB., mit Statistiken kann man bekanntlich alles beweisen, sind ein Drittel aller Beschäftigten des Achtstundentages verlustig gegangen. Wir haben bereits früher nachgewiesen, daß die Statistik des ADGB. nicht stimmt. Doch warum machen die Leipart und Konsorten den Umweg über das Washingtoner Abkommen? Warum fordern sie nicht klar und deutlich den Achtstundentag? Ganz abgesehen davon, daß, wenn der Reichstag oder die Regierung den Achtstundentag beschließen würden, die Unternehmer darauf pfeifen würden. Die reformistischen Gewerkschaftsführer wissen genau, daß die Wiedereinführung des Achtstundentages Kampf mit dem Unternehmertum bedeutet, und den fürchten sie. Sie können ja gar nicht kämpfen, denn für sie ist der Sozialismus erst dann erreichbar, wenn der Kapitalismus wieder „aufgebaut" ist. Sie müssen also den Kapitalismus erst wieder aufbauen und bei diesem Geschäft ist jeder Kampf, jeder Streik, nur eine Störung. Deshalb die Komödie mit dem Washingtoner Abkommen, daß niemals ratifiziert werden wird, trotz der Drohung mit dem Volksentscheid. Die Unternehmer pfeifen auf den Volksentscheid. **Die Frage des Achtstundentages ist eine Machtfrage.** Sie wird nicht entschieden in den Vorstuben der Minister, wo die Leipart und Konsorten antichambrieren, sie wird nicht entschieden im Parlament, nicht in den Regierungsbureaus, sondern sie wird entschieden im harten Ringen der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum.

Der Achtstundentag wurde der Arbeiterschaft im November geschenkt. Er war das notwendige Produkt der Niederlage der Bourgeoisie im Kriege, er war die Beruhigungspille für die Arbeiterschaft. Die Wiedereroberung des Achtstundentages ist nicht so einfach, wie die Leipart und Konsorten es sich denken. Die Regierung läßt den Reichstag die Ratifikation des Washingtoner Abkommens beschließen und wir haben den Achtstundentag wieder. Einfach und bequem.

Aber noch ein anderes zeigt das Verlangen nach der Ratifikation. **Es ist das Eingeständnis des ADGB., daß er selbst zu feige ist, um den Achtstundentag zu kämpfen.** Was wird der ADGB. tun, wenn sein Antrag abgelehnt wird? Wird er denn für seinen Antrag kämpfen? Ein Narr, wer das glaubt. Dieser Antrag ist doch nur dazu bestimmt, den Massen Sand in die Augen zu streuen. Wenn der Antrag abgelehnt ist, dann wird der Vorstand des ADGB. das tun, was er bisher in solchen Fällen immer getan hat, er wird seinen Zylinder aufsetzen, einen tiefen Bückling machen und das Maul halten.

Die Arbeiter müssen sich den Achtstundentag zurückerobern. Sie können es nur, wenn sie sich in den Betrieben fest um die Zelle der Kommunistischen Partei scharen und den Kampf gemeinsam führen.

Unternehmer-Angriffe

Massenentlassungen in der Chemischen Fabrik Buckau-Ammendorf

Die Direktion teilte dem Betriebsrat mit, daß entweder 150 oder 300 Mann entlassen werden müßten. Wenn 150 Mann entlassen werden, dann müßte umschichtig gearbeitet werden. 150 Mann in dieser Woche, die anderen 150 Mann in der nächsten Woche. In einer Belegschaftsversammlung, die von der gesamten Belegschaft (450 Mann) besucht war, wurde die Entlassung von 300 Arbeitern beschlossen, damit die verbleibenden 150 Mann vollen Lohn bekommen und die Entlassenen in den Genuß der vollen Erwerbslosenunterstützung gelangen. Zwei Mitglieder des Arbeiterrates werden ebenfalls mit entlassen.

Dieser Beschluß der Arbeiterschaft ist wohl einzig dastehend. Er ist damit zu erklären, daß die Arbeiter, wenn sie in zwei Wochen nur eine Woche arbeiten, nicht mehr Lohn erhalten, als die Erwerbslosenunterstützung beträgt.

Unternehmerangriff in Württemberg

(Eig. Drahtm.) Eßlingen, 5. August.

Die Maschinenfabrik Eßlingen, Werk Mettingen und Cannstadt (3000 Mann Belegschaft), hat mit der Entlassung von 30 Prozent der Beamten und Angestellten begonnen. Den Arbeitern stellte man das Ultimatum: Entweder 10 Prozent Lohnabbau oder Betriebsstillegung. Bei der Abstimmung haben die Arbeiter mit 90 Prozent Mehrheit den Lohnabbau abgelehnt.

Die Elektromotorenfabrik Elektron in Cannstatt hat an ihre Belegschaft dasselbe Ultimatum gestellt. Es handelt sich also unzweideutig um einen organisierten Angriff der württembergischen Metallindustriellen.

Der Kuli der Welt

Ein Vergleich der Löhne des deutschen Arbeiters mit denen der englischen zeigt, daß die deutschen Arbeiter bereits heute die schlechtbezahltesten sind. Es beträgt der Lohn des deutschen Arbeiters im Prozentsatz des entsprechenden englischen Lohnes: Bangewerbe 52 bis 64 Prozent, Maschinenbau 41 bis 49 Prozent, Buchdrucker 43 bis 44 Prozent. Der Lohn des deutschen Arbeiters beträgt also weniger als die Hälfte des englischen Lohnes. Die Durchführung des Sachverständigengutachtens wird den Prozentsatz noch weiter herabdrücken. Der deutsche Arbeiter soll zum Kuli der Welt, zum Lohndrücker durch seine billige Arbeitskraft werden. Das ist das Los, das für ihn vorbereitet wird.

Der Bergarbeiterstreik in Ost-Oberschlesien

(Eig. Drahtm.) Kattowitz, 5. August.

Der Streik dauert unverändert an. Er nimmt mit der Dauer der Zeit immer schärfere Formen an. So sind die Streikbrecher, nur Beamte und Steiger, von den Streikenden bei der Ausführung von Notstandsarbeiten beschossen worden. Gestern fand in Kattowitz eine riesige Streikversammlung statt, in der an Stelle des verhafteten 2ter Ausschusses ein neuer Ausschuß gebildet wurde. Die Polizei stellt sich rücksichtslos auf den Standpunkt der Unternehmer und verhaftete weitere Führer der Streikbewegung. An Stelle der Verhafteten traten sofort andere Genossen.

Die belgische Regierung gegen das Streikrecht

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 5. August.

General Gröner macht Schule. Die belgische Regierung hat einen Prozeß gegen Eisenbahner eingeleitet, die in den Streik getreten waren, um eine Lohnerhöhung zu erreichen. Eine ganze Reihe von Eisenbahnern sind zu Gefängnis- und hohen Geldstrafen verurteilt worden.

Völkische Lockspitzelarbeit

(rrp.) Hagen, 5. August.

Hier haben „Völkische" Sammellisten der Kommunistischen Partei gefälscht, mit denen sie unter der Arbeiterschaft einen Fond sammeln, angeblich zum Waffenankauf für die Kommunistische Partei. Wahrscheinlich handelt es sich um Lockspitzeleien, durch die man versuchen will, die Arbeiter der Ausbeuterjustiz auszuliefern.

Verhaftung in Stuttgart

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 5. August.

Von der Stuttgarter Polizei wurde ein französischer Genosse, der in den Kundgebungen sprechen sollte, verhaftet. Er wurde nach mehrstündiger Haft wieder freigelassen. Der Zweck der Verhaftung war nur der, ihm das Reden in den Kundgebungen unmöglich zu machen.

Ein Reinfall der belgischen Polizei

(Eig. Drahtm.) Brüssel, 5. August.

Bei dem Internationalen Meeting ist nicht der Genosse Höllein, sondern ein Kölner Genosse verhaftet worden, den die belgische Polizei für Höllein hielt.

*

Genosse Höllein war bekanntlich aus Belgien ausgewiesen. Trotzdem hat er in Belgien, allerdings in einem anderen Ort als vorgesehen, gesprochen. Die belgische Polizei hatte Kenntnis, daß Genosse Höllein sich in Belgien aufhielt, sie verhaftete aber einen anderen Genossen, den sie dann wieder freilassen mußte.

Man sieht, überall werden die Kundgebungen gegen den Krieg verboten und die Redner verfolgt. Ein Zeichen dafür, daß sich alle Staaten mit neuen Kriegsplänen beschäftigen.

Die deutschen Arbeiter als Lohndrücker

Kürzlich veröffentlichte eine holländische Arbeitgeberorganisation einen Tätigkeitsbericht, in dem sie ihre einzelnen Mitglieder darüber informierte, was die Organisation im Interesse der Unternehmer innerhalb des letzten Jahres geleistet hat. Sie rechneten vor, daß jeder einzelne Unternehmer pro Arbeiter 303 Gulden gespart hat. Die deutschen Arbeitgeber-Organisationen haben einen dementsprechenden Tätigkeitsbericht in dieser Form noch nicht zusammengestellt. Die hier folgenden Ziffern zeigen, daß in Wirklichkeit das deutsche Unternehmertum einen noch viel größeren Gewinn gegenüber der Arbeiterschaft zu buchen hatte als jener holländische Verband.

Die Londoner „Ministry of Labour Gazette" brachte kürzlich eine internationale Lohnübersicht, die sich auf den 1. April 1924 bezieht. Nach dieser Uebersicht erhalten im Durchschnitt die deutschen Arbeiter nur 55 Prozent des Lohnes der englischen Arbeiter. Wenn wir berücksichtigen, daß die Arbeitszeit in Deutschland länger ist als die in England übliche 47-Stunden-Woche, daß ferner seit dieser Zeit die englischen Löhne eine steigende Tendenz aufweisen, so können wir ohne zu übertreiben der Einfachheit halber annehmen, daß heute die deutschen Löhne im Durchschnitt die Hälfte der englischen betragen.

Insgesamt beträgt die 1924 auszuzahlende Lohnsumme schätzungsweise 10 bis 12 Milliarden Mark. Im Reichshaushaltplan wird nämlich mit einer Lohnsteuer von 700 bis 800 Millionen Mark gerechnet, was ungefähr einer Lohnauszahlung von 10 Milliarden Mark entsprechen würde. Zu einer ähnlichen Summe gelangen wir durch noch eine andere Schätzung. Nach einer amtlichen Berechnung wurde nämlich im Mai an Durchschnittslohn gezahlt:

Für qualifizierte Arbeiter 32,67 Mk., für unqualifizierte Arbeiter 26,16 Mk.

Bei fast acht Millionen Arbeitern, die in denjenigen Betrieben arbeiten, deren Unternehmer in Arbeitgeberverbänden zusammengeschlossen sind, ergibt das etwa 12 Milliarden Mark. Diese Summe vergrößert sich natürlich um diejenigen Arbeiter, die hierbei nicht erfaßt sind, verringert sie aber gleichzeitig durch die verkleinerten Lohnauszahlungen infolge Betriebsstillegung, Kurzarbeit usw. Diese zehn bis zwölf Milliarden Mark, die sich an Löhnen, also für 1924, ergeben, sind, wie wir gesehen haben, halb so viel, als wie in England für die gleiche Arbeitsmenge gezahlt wurde: etwa 20 bis 25 Milliarden Goldmark. Vom Bergbau und von der Landwirtschaft abgesehen ist der deutsche Produktionsapparat technisch und betriebsorganisatorisch nicht unterlegen, wir können daher qualitativ die Leistung der deutschen Arbeiter mit den englischen recht gut vergleichen und haben demgemäß zu konstatieren, daß in Deutschland für die gleiche Arbeitsmenge zehn bis fünfzehn Milliarden an Löhnen weniger gezahlt werden, als in England bei der gleichen Arbeiterzahl der Fall wäre.

Nun wird freilich bei dieser Rechnung das Unternehmertum uns darauf aufmerksam machen, daß heute der Produktionsapparat nur zu einem Bruchteil seiner Kapazität ausgenutzt wird, und daß außerdem bei der deutschen Produktion Lasten liegen, die andere Länder nicht zu tragen haben: Umsatzsteuer, hohe Frachttarife, sehr hohe Zinssätze usw.

Das ist richtig, aber bekanntlich hat die deutsche Bourgeoisie ihre Kalkulation darauf eingestellt, daß nach Durchführung des Dawes-Abkommens durch große und kleine Auslandskredite die deutsche Produktion wieder mehr in Gang kommt, und daß der Außenhandel vor allem nach dem 10. Januar 1925, wo eine selbständige Handelspolitik wieder möglich ist, durch besondere Zollverträge usw. gefördert wird. Auch der Zinsendienst der Industrieobligationen, der Eisenbahnobligationen usw. hat zur Voraussetzung, daß der deutsche Produktionsapparat besser ausgenutzt wird, als es gegenwärtig der Fall ist. Wenn das aber eintreten sollte, dann wird in der Tat die Spanne zwischen dem deutschen und dem englischen Goldlohn so riesenhaft wirken, daß das gesamte deutsche Proletariat auf den internationalen Arbeitsmarkt einen katastrophalen Druck ausüben muß.

Wir haben bisher nur die englischen Löhne als Vergleich herangezogen, es ist aber bei den übrigen Ländern nicht viel anders. Fast in allen westlichen Staaten steht heute nicht nur der Goldlohn wesentlich höher als der deutsche Goldlohn, sondern ist fast durchweg der Reallohn der Arbeiter bedeutend höher als in der Vorkriegszeit. In Amerika beispielsweise ist der Durchschnittslohn gegenüber 1914 heute in seinem Realwert um 30 Prozent gestiegen, im Staate Neuyork um 29 Prozent. In der englischen Textilindustrie schwankt die Steigerung des Realwertes zwischen 30 und 40 Prozent. Die dänischen Reallöhne liegen um 30 bis 55 Prozent, die französischen um 20 bis 30 Prozent höher als in der Vorkriegszeit. Selbst in Oesterreich ist in verschiedenen Kategorien der Reallohn heute höher als vor dem Kriege. **(Maurer 24 Prozent, Zimmerer 19 Prozent). Wir haben**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240805-19/fragment/page=0001

hier absichtlich nur von dem Realwert der Löhne, d. h. von dem Wert der Löhne, gemessen an den Preisen der Lebensmittel usw. gesprochen, damit der deutsche Arbeiter sich ein Bild macht, daß die Lohnentwicklung in Deutschland in der internationalen Lohnentwicklung eine Ausnahme darstellt.

Nach amtlichem Material waren Anfang Juni die Reallöhne der qualifizierten Arbeiter um 20,5 Prozent die der unqualifizierten Arbeiter um 8,7 Prozent niedriger als in der Vorkriegszeit.

Besonders interessant ist, daß der teilweise Ausgleich der in den letzten Jahren zwischen dem Lohn der qualifizierten und der unqualifizierten Arbeiter stattgefunden hat, jetzt systematisch wieder ausgemerzt wird. Die Arbitgeberverbände arbeiten mit aller Energie daran, für die unqualifizierten Arbeiter den Lohn ungeheuer zu drücken, dafür aber einen bestimmten Stammtrupp nach amerikanischem Muster relativ hoch zu bezahlen. Bei den Tarifverträgen der letzten Monate kommt die Tendenz schon ganz klar zum Ausdruck, ebenso bei den Gehaltsaufbesserungen der Staatsbeamten.

Die Reallöhne für die einzelnen Kategorien gegenüber der Vorkriegszeit (gelernte Arbeiter) betrugen nach amtlichem Material:

Bergarbeiter	88,2 Prozent
Bauarbeiter	79,3 Prozent
Metallarbeiter	78,7 Prozent
Textilarbeiter	90,2 Prozent
Chemiearbeiter	87,5 Prozent
Buchdrucker	88,5 Prozent

Wenn in der Zwischenzeit bei einzelnen Kategorien Lohnaufbesserungen vorgekommen sind, so ist deren realer Wert durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten bereits wieder wettgemacht. Dabei haben sich die starken Getreidepreissteigerungen im Großhandel noch nicht ausgewirkt. Auch die Wohnungsmieten werden im Laufe des Jahres noch stark anziehen.

Wir müssen aber noch darauf aufmerksam machen, daß die Realwerte der Löhne berechnet worden sind nach dem amtlichen Lebenshaltungsindex, der in vieler Beziehung mit den wirklichen Tatsachen nicht übereinstimmt, der vor allem die Mietkosten viel zu niedrig eingesetzt hat. Man kann schätzen, daß der Realwert der Löhne in Wirklichkeit 20 Prozent niedriger als der amtlich angegebene ist.

Im Rheinland erheben die Bergarbeiter bereits wieder die Forderung: **„Friedensreallohn und 30 Prozent Zuschlag."** Diese Forderung muß die der gesamten deutschen Arbeiterschaft werden, um nicht tatsächlich als internationale Lohndrücker zu gelten und um den Kapitalisten die Durchführung ihrer Raubzüge gegen die Arbeiterschaft mit dem Sachverständigengutachten unmöglich zu machen.

Ein Haarmann-Interview

Severing verteidigt seine hannoversche Haarmann-Polizei

Der Berliner „Montag-Morgen" berichtet in einem langen Artikel ein Gespräch, das der Berichterstatter einer Budapester Zeitung mit Herrn Severing, preußischem Polizeiminister und ehemaligem Vorgesetzten des Haarmann, hatte. Der Berichterstatter stellt den Severing seinen Budapester Lesern als „einen der repräsentierenden Männer der deutschen Kabinette, voller Initiative, Geist und Energie" vor. Das ist so ziemlich dasselbe Lied, wie wir es seit Jahr und Tag gelegentlich in den bedeutendsten großkapitalistischen Zeitungen lesen. „Auch die Angelegenheit des hannoverschen Massenmörders gehört in Severings Ressort." Sehr richtig! Aber — so meint der Berichterstatter — hier lasse Severing seinen sonstigen Schwung und seine charakteristische „individuelle Kühnheit" vermissen. (Allerdings — diesen Schwung, diesen Elan, die individuelle Kühnheit, bringt der ehemalige Vorgesetzte des sadistischen Massenmörders und Polizeispitzels Haarmann nur gegen die Kommunisten auf.)

Wir bringen nur einige Zitate:

Herr Severing erklärte u. a.:

„Die hannoversche Polizei hat, abgesehen von unzweckmäßigen Maßnahmen einzelner, ihre Pflicht getan. . . . . Der Polizeipräsident steht inmitten seines Betriebes und ist mit allen Dienstzweigen gut vertraut. Es wäre deswegen mindestens eine Ueberteilung und Treulosigkeit, wenn man ihn lediglich auf Gerüchte hin absetzen wollte."

Wir haben es nicht anders erwartet: Herr Severing verteidigt seinen Noske, seinen Beckerath, seine ganze hannoversche Polizei, „abgesehen von unzweckmäßigen Maßnahmen einzelner". — Sollte er mit diesen unzweckmäßigen Maßnahmen den Massenmord des Haarmann meinen?

Er verteidigt sogar auf eine gewisse Weise den — Haarmann!

„Haarmann gesteht auch in solchen Fällen, in denen die Polizei nicht klar steht, alles ein, und zwar mit einer solchen Leichtfertigkeit, daß schon Zweifel an der Richtigkeit derartiger Behauptungen Haarmanns aufgetaucht sind."

Herr Severing, der Vorgesetzte des Haarmann, beklagt sich also bitter über die Leichtfertigkeit der Haarmann-Geständnisse!!!

Haarmann habe nicht im Dienste der Polizei gestanden, erklärt Herr Severing. Richtig sei nur, daß Haarmann der Polizei Angaben über Verbrechen und Vergehen gemacht habe, die zu seiner Kenntnis gelangt sind. Das heißt, daß Severing den Massenmörder natürlich von seinen polizeilichen Rockschößen abzustreifen bemüht ist. Besonders betont Severing, daß die besagten

„Angaben keinen politischen Ursprung oder Charakter gehabt hätten."

Herr Severing fungiert als Verteidiger des Haarmann, noch ehe der Angeklagte Haarmann vor der Tribüne des Gerichts den Severing und das System Severings grauenhaft bloßstellen wird.

Auf die Erklärung des Berichterstatters, er verstehe nicht, warum der Herr Minister nicht die ganze hannoversche Polizei auffliegen lasse, macht der Gentleman Severing die Bemerkung, „man macht sich sehr merkwürdige Vorstellungen vom Auffliegen der Polizei".

Allerdings, man macht sich — und mit Recht — sehr, sehr merkwürdige, ja, mehr als merkwürdige Vorstellungen von Ihrem System, Herr Severing!

Es ist bemerkenswert, daß der Budapester Berichterstatter dem Severing versicherte, „daß die Angelegenheit die Formen eines europäischen Skandals angenommen hat". Auch dem Reporter ist es aufgefallen, daß die bürgerliche Presse, sehr, sehr leise trat bei dieser Geschichte. Der Mann, als Bourgeois, verschweigt wohlweislich den politischen Grund und Hintergrund und verabschiedet sich von Severing, indem er ihn einen „warmherzigen Humanisten" nennt. Der „warmherzige Humanist" oben — der sadistische Massenmörder Haarmann, unten: wunderbare Harmonie im System der preußischen Polizei.

Der Hungerstreik in Gleiwitz

(Eig. Drahtm.) **Gleiwitz**, 5. August.

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen im Gleiwitzer Gefängnis nimmt immer größere Formen an. Seit dem 25. bzw. 27. Juli befinden sich die Genossen im Hungerstreik.

Jetzt verweigern mehr als 70 Gefangene die Aufnahme der Nahrung.

Die Justizbrutalitäten sind grenzenlos. Der Genosse Bryll ist schwer erkrankt und der Untersuchungsrichter verweigert ihm jede ärztliche Hilfe. **Man hat es darauf angelegt, die politischen Gefangenen nicht nur seelisch, sondern auch körperlich systematisch zu Grunde zu richten.**

Zirka 30 Gefangene sitzen nun fast ein Jahr und zum Teil noch länger in Haft, ohne daß die Voruntersuchung abgeschlossen wird. Dem Genossen Sonnenberg wurde jeder Briefwechsel mit seinen Angehörigen untersagt, der Verkehr mit der Außenwelt ist ihm unterbunden, er ist bereits wochenlang ohne jede Wäsche. Mit zynischer Brutalität geht die Gefängnisverwaltung gegen die Hungerstreikenden vor. Sie ließ am ersten Tage des Streiks

aus allen Zellen das Wasser herausnehmen, und zwar mit der schamlosen Begründung: Wer im Hungerstreik ist, braucht auch nicht zu trinken!

Man glaubte, den Hungerstreik dadurch brechen zu können, daß man die sogenannten Rädelsführer aus der Mitte der 70 Streikenden reißt.

Sechs Genossen wurden am Sonnabend aus dem Gleiwitzer Untersuchungsgefängis nach Oppeln transportiert. Der Transport erfolgte unter starker Sipobewachung und die Sipo und Gefängnisbeamten haben die sechs Genossen unterwegs aufs **scheußlichste mißhandelt und blutig geschlagen.**

Den Gefangenen wurde ferner die Raucherlaubnis entzogen.

*

Die Justizschande treibt immer neuere Blüten. Mißhandlungen über Mißhandlungen müssen die gefangenen Proletarier im Kerker erdulden. Ein Justizskandal löst den andern ab. Es liegt an der gesamten Arbeiterschaft, endlich mit dem ungeheuren Justizskandal der Ebert-Republik aufzuräumen. Der Kampf für die Freilassung der politisch Inhaftierten muß mit der größten Leidenschaft geführt werden. Aus den Kerkern dringt der Ruf von 7000 Revolutionären:

Erzwingt die Amnestie!
Bringt uns „Rote Hilfe"!

Im Haarmann-Noske-Reich werden gefangene Proletarier in den Wahnsinn getrieben

Wiederholt kamen erschütternde Hilferufe aus den Kerkern des Noske-Reiches an die Oeffentlichkeit. In diesen Gefängnissen haben bereits die politischen Gefangenen den letzten verzweifelten Schritt getan und sind in den Hungerstreik als Protest gegen die Quälereien der Gefängnisverwaltung getreten. Jetzt wird ein neuer unglaublicher Fall bekannt:

Der Tischler Ruppert wurde im Dezember 1923 unter dem Verdacht eines Attentats verhaftet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch er ein Opfer des Spitzels, agent provokateur Haarmann geworden ist. Ruppert ist schwer erkrankt und befindet sich jetzt im Gefängnislazarett. Er ist jetzt in einem Zustande vollkommener Teilnahmslosigkeit. Seinen Rechtsbeistand, den er durch einen anderen Leidensgenossen zu sich gebeten hatte, erkennt er nicht mehr. Er leidet jetzt an hochgradiger Haftpsychose und es besteht die große Gefahr, daß er dem Wahnsinn verfällt. Die Nerven des Verhafteten sind durch und durch zerrüttet. Es ist empörend, daß man diesen Mann jetzt noch in Haft behält. Selbst die Gefängnisbeamten können sich des Mitleids mit diesem Manne nicht erwehren.

Die einzige Persönlichkeit, die jetzt über die Enthaftung Rupperts zu entscheiden hätte, ist der Gefängnisarzt Brandt. Dieser als Faszist bekannte Arzt hat schon mehrere politische Gefangene durch sein Verhalten auf das unmenschlichste gequält. Er hatte es sogar abgelehnt, einen jüdischen Nervenarzt, der dem schwerkranken Ruppert beistehen sollte, zur Untersuchung hinzuzuziehen.

Im Preußischen Landtag ist bereits der Fall Ruppert behandelt worden. Wird sich nun endlich das Justizministerium bemüßigt sehen, hier einzugreifen?

Erkämpft die Amnestie

für die 7000 proletarischen Gefangenen, die für Eure Interessen im Kerker schmachten.

Demonstriert gegen die Zuchthausjustiz!

Die Weiße Justiz will durch die Zuchthausurteile die Kampfkraft der revolutionären Arbeiterschaft brechen.

In der Kampfwoche vom 3.—10. August

müssen deshalb Millionen Proletarier gegen die Klassenjustiz aufmarschieren und ihren unbeugsamen Willen für

die Freilassung der 7000 Proletarier

zum Ausdruck bringen! Der Reichstag lehnt die Freilassung der Gefangenen ab. Sie

muß von der Arbeiterschaft erkämpft werden!

Sammelt für die „Rote Hilfe!

Erkämpft die Amnestie!

Der Weiße Terror in Rumänien

(Sonderkorrespondenz der IM.)

Rumänien ist das klassische Land der Reaktion und des Terrors. Die werktätigen Massen Rumäniens sind vollkommen rechtlos, selbst ihre primitivsten Rechte werden von den Vollzugsorganen der Oligarchie mit Füßen getreten, das Proletariat mit den brutalsten Mitteln einer grausamen Willkürherrschaft zu Boden gehalten und jede kleinste Regung der Arbeiterschaft durch den Terror des staatlichen Unterdrückungsapparates im Keime erwürgt.

In der letzten Zeit artete der Terror und der auf der rumänischen Arbeiterschaft lastende Druck zu einer tobsüchtigen Menschenjagd und zu einer die letzten Ueberreste der sogenannten Demokratie verhöhnenden maßlosen Hetze aus.

Zwei Monate lang trat in den Verfolgungen ein verhältnismäßiger Stillstand ein. Kaum ging aber die Wiener sowjetistisch-rumänische Konferenz mit den bekannten Ergebnissen auseinander, setzte der Terror mit noch nie dagewesener Wut gegen die Arbeiterschaft, insbesondere aber gegen die Minoritäten-Gebiete wieder ein.

Die ersten Kennzeichen des wieder aufflammenden Terrors stellten die militärischen Ausnahmemaßnahmen der Bratianu-Regierung dar, die unter dem Vorwande faszistisch-antisemitischer Unruhen das Standrecht über das Land verhängte. Wie es vorauszusehen war, diente das als militärische Sicherheitsmaßnahme gegen eventuelle Ruhestörungen verhängte Standrecht als Deckmantel eines neuerlichen Vorstoßes der Oligarchie gegen die Arbeiterbewegung.

Den Anfturm eröffnete die Verhaftung des Redakteurs des in Bukarest erscheinenden ungarischen Arbeiterblattes „Munkas", Genossen Desideer Lastyan-Jász, der vier Wochen hindurch in einer unterirdischen Zelle von der Siguranza festgehalten und dann trotz seiner rumänischen Staatsangehörigkeit unter Androhung einer schweren Kerkerstrafe im Falle seiner Rückkehr über die Grenze gebracht wurde.

Ebenfalls am Tage der Proklamierung des Standrechts verfügte die Bukarester Siguranza einen Einbruch in die Bureaus der Kommunistischen Partei und nahm auch Hausdurchsuchungen im Arbeiterheim, sowie in den Wohnungen zahlreicher Arbeiterführer vor. Obwohl die Hausdurchsuchungen für die Siguranza nicht den geringsten Erfolg zeitigten, wurden die Parteilokale versiegelt. Das Erscheinen der Parteipresse wurde ungeachtet der eindeutigen Verfügungen der Verfassung kurzer Hand verboten.

Als nächster Schritt auf diese zur Vorbereitung der gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Generalattacke dienenden Vorstöße folgten nun Massenverhaftungen in Bukarest. Am 11. April wurden ungefähr 20 Genossen, darunter der Sekretär der Kommunistischen Partei G. K. Christescu, der Redakteur des „Socialismul" Al. Dobrogeanu-Gherea, die Jugendführerin E. Filipovici, die Gewerkschaftssekretäre A. Imre und Pascal Constantinescu, sowie die Jugendgenossen Patrascanu, Mendelovici, Zabarescu, Ehrlich und Strohminger verhaftet. Außer den in Rumänien üblichen „Verhörmethoden" — Folterungen, Dunkelzellen, nächtliche „Besuche" — und einer die Menschenwürde schamlos erniedrigenden Behandlung mußten mehrere der Verhafteten, selbst Frauen nicht ausgenommen, grausame Mißhandlungen erleiden.

Nach „vollzogenem" Verhör wurden die Verhafteten in die Gefängnis genannten unterirdischen luft- und lichtlosen Löcher der Militärfestung Jilava gebracht, wo sie alle in den Durst- und Hungerstreik traten.

Da es in Rumänien auf einige Menschenleben, besonders, wenn von Arbeitern die Rede ist, nicht ankommt, legten die Militärbehörden den Hungerstreikenden gegenüber den größten Zynismus an den Tag. Erst am 16. Tage des Hungerstreiks, als einige der Verhafteten lebensgefährlich erkrankten, sahen sie sich veranlaßt, angesichts der allgemeinen Empörung der Oeffentlichkeit und der bürgerlichen Presse, den zum Teil mit dem Tode ringenden, zum Teil physisch und psychisch gepeinigten Verhafteten die häusliche Pflege angedeihen zu lassen.

Die in der Hauptstadt begonnenen Verfolgungen wurden sehr bald auch auf die übrigen Teile des Landes ausgedehnt, insbesondere aber auf das Industriegebiet und daher auch auf das eine höhere Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung aufweisende Siebenbürgen und den Banat.

In Braila wurden am 23. April neun meistens siebenbürgische Arbeiter mit der Beschuldigung, „ein Komplott gegen die Sicherheit des Staates" geschmiedet zu haben, verhaftet und sodann schwer mißhandelt, da die Siguranza (politische Polizei) aus ihnen nicht das erwünschte „Geständnis" herauspressen konnte.

Unter ähnlicher Beschuldigung wurden in Mediasch vier, in Jassy fünfzehn Arbeiter arretiert und in brutaler Weise mißhandelt. Auch in der Bukowina und in Bessarabien wurden eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, um durch eine gesteigerte Tätigkeit der Militärgerichte die so oft behauptete Anhänglichkeit der Minoritätsbevölkerung dieser Gebiete an jene Zwangsorganisation, die sich rumänisches Königreich nennt, zu veranschaulichen.

Dieser Hochflut des Terrors fielen auch zahlreiche politisch indifferente Arbeiter, die die Sünde begangen hatten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, zum Opfer. Das ist ein klarer Beweis dafür, daß die Siguranza jederzeit bereit ist, die bestehenden Gesetze über die individuelle Freiheit skrupellos umzuwerfen, sobald ihr die Möglichkeit geboten wird, unter dem Deckmantel einer allgemein-politischen Konstellation durch Vergewaltigung der Werktätigen den Machthabern gegenüber ihre Lebensberechtigung zu beweisen. So gefangen in Arad 15, in Lugosch 20, in Caransebes drei und in Oradea-Mare 2 Arbeiter in die Krallen der Siguranzaleute.

Wie festgestellen ist, gibt sich aber das brutalinistische Terror-Regime mit dieser langen Reihe der Arbeiterverfolgungen und Mißhandlungen nicht zufrieden, es ist vielmehr bestrebt, auf Grund erlogener Aussagen und gefälschten Beweismaterials einen neuerlichen Monstreprozeß in Szene zu setzen, um seine nie zu befriedigende Lust an Bluturteilen und Justizmorden zu stillen.

Nur der tatkräftige Beistand des internationalen Proletariats kann dazu beitragen, diesen höllischen Plan der rumänischen Unterdrücker zu vernichten und den feudalistischen und kapitalistischen Machthabern Rumäniens einen Strich durch die Rechnung zu machen. Das in den Fesseln der Oligarchie schmachtende rumänische Proletariat ist sich der Hilfe und Solidarität aller Werktätigen der Welt bewußt und schöpft aus dieser seiner festen Ueberzeugung frische Kraft und Ausdauer zu seinen neuen, so leidensreichen Kämpfen.

Bulgarische Gefängnisgreuel

Im Gefängnis zu Tirnovo wird oft in die Gefängnisfenster geschossen und zwar ohne jeden Grund, nur um die Gefangenen zu terrorisieren. So wurden am „heiligen" Osterfest zwei Gefangene in der Zelle 4 der oberen Etage, die gerade beim Abendbrottrinken waren, durch Bein- und Armschüsse schwer verwundet. Der Soldat, der diese Schüsse abgegeben hatte, erhielt dafür als Belohnung 20 Tage Urlaub. Bei einer ähnlichen Schießerei wurde im Gefängnis zu Stara-Zagora der politische Gefangene Toneff getötet.

In zwei Tagen 600 Verhaftungen in Barcelona

Der Scharfrichter von Barcelona wurde durch einen Revolverschuß getötet. Man weiß nicht, ob es sich um ein politisches oder gewöhnliches Verbrechen handelt. Gleichwohl aber wurden bereits zwei Stunden später in der ganzen Stadt Massenverhaftungen vorgenommen. Eine wahre Menschenjagd begann. Alle Gewerkschaftsbureaus wurden sofort von Polizei besetzt und alle dort befindlichen Arbeiter verhaftet. Innerhalb zwei Tagen waren 600 Personen verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich die Rechtsgewälte Casanovas und Kompanis, außerdem der Professor an der Arbeiterhochschule M. Campalans. Die spanische Zensur unterdrückt alle Nachrichten, nur soviel sickert durch, daß die Regierung beabsichtigt, sofort mehrere Hundert der Verhafteten nach den kanarischen Inseln zu deportieren.

Verfolgung der Kommunistischen Jugend in Nordmähren

(Eig. Drahtm.) **Brag**, 5. August.

Nordmähren hat die Klassenjustiz alte Akten aus dem Jahre 1922/23 wieder ausgegraben und gegen 123 Jugendgenossen einen Prozeß wegen Geheimbündelei eingeleitet. Im Mai 1923 setzte die Verfolgung der proletarischen Jugend durch die Behörden ein. Die Jugendgenossen hatten Zeitungsabonnentengruppen gegründet, die die Abonnentenbeträge einkassierten und Aufzeichnung über den Vertrieb der Zeitung führten. Eine Reihe von Haussuchungen und Verhaftungen folgten. Zwei Genossen sind bis jetzt bereits zu 8 und 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Internationale Solidarität

(Eig. Drahtm.) **Brüssel**, 5. August.

Eine Gruppe von polnischen Arbeitern, die in Seraing in Belgien arbeiten, haben 150 Franken für die deutschen gefangenen Kommunisten gesammelt. In Anbetracht der ungeheuren Preissteigerung ist das Opfer unserer belgischen Brüder sehr hoch zu bewerten. Gerade jetzt, in der internationalen Kampfwoche, gegen den imperialistischen Krieg, für die Amnestie der politischen Gefangenen, freuen wir uns um so mehr über dieses Zeichen proletarischer Solidarität.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240805-19/fragment/page=0002

Die englische „Arbeiter"-Regierung wirft den Kapitalisten Milliarden in den Rachen

(Eig. Drahtm.) **London, 5. August.**

Im Unterhause legte Snowden einen phantastischen Plan vor, der den Erwerbslosen durch produktive Fürsorge helfen soll. Fünf Millionen Pfund Sterling sollen für den Ausbau der Haupteisenbahnlinien ausgegeben werden. Ein Tunnel soll unter der Themse und eine Eisenbahnbrücke über den Tay gebaut werden. Der englischen Industrie sollen Exportkredite in Höhe von 18 Mill. Pfund zur Verfügung gestellt werden. Snowden legte einen Plan zur Elektrisierung ganz Englands vor. Ueberall sollen Kraftstationen und große Ueberlandleitungen errichtet werden.

Dazu sollen Erwerbslose beim Bau von Kriegsflugzeugen Verwendung finden. Snowden führte aus, daß vor allem der Außenhandel Englands gestärkt werden muß. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Londoner Konferenz durch Eröffnungen von Märkten auf dem Kontinent (Erdrosselung der deutschen Halb- und Fertigwarenindustrie) die Möglichkeit geben sollte.

Der Zuckerindustrie sollen staatliche Beihilfen gegeben werden, damit der Zuckerrübenbau verstärkt wird.

*

Wie die sogenannte deutsche produktive Erwerbslosenfürsorge stellt auch dieser Plan der englischen Arbeiterregierung nur ein Milliardengeschenk an die englische Industrie dar. Snowden kündigte ausdrücklich an, daß die Arbeiten nicht in Staatsregie übernommen werden, sondern von den Gesellschaften ausgeführt werden, denen der Staat nur die Gelder zur Verfügung stellt. Der Versuch, der englischen Erwerbslosigkeit abzuhelfen durch Abwälzung der Massenarbeitslosigkeit auf Deutschland ist kennzeichnend für ein Mitglied der Zweiten Internationale. Die Gelder, die der Staat aber zu diesem Projekt braucht, werden natürlich nur von den englischen Proleten genommen werden.

Englands Besorgnis über die amerikanischen Rüstungen

WTB. **London, 5. August.**

Reuter meldet aus Washington, Vertreter des Staatsdepartements hätten es abgelehnt, sich bezüglich der von Großbritannien gegen das Modernisierungsprogramm der amerikanischen Flotte erhobenen Vorstellungen zu äußern oder zu erklären, welche Politik die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgen werde. Man habe indessen den Eindruck gehabt, daß diese Frage für sehr wichtig gehalten werde und deshalb einer besonderen Prüfung unterworfen werden solle, bevor eine Antwort an London ergehen könne. In manchen Kreisen halte man es für unwahrscheinlich, daß eine Entscheidung getroffen werde, bevor Staatssekretär Hughes, der Hauptdelegierte Amerikas auf der Washingtoner Konferenz, aus Europa zurückgekehrt sei. Amerikanische offizielle Persönlichkeiten schienen überzeugt zu sein, daß weder die französische noch die japanische Regierung die Ansicht Englands teilen; Italien werde dies vielleicht tun. Wenn also die Frage der Entscheidung der Signatarmächte des Washingtoner Abkommens unterworfen werde, glaube man, daß England überstimmt würde

Haussuchungen in Württemberg

(Eig. Drahtn.) **Stuttgart, 5. August.**

In ganz Württemberg sind bei der Arbeiterschaft Haussuchungen abgehalten worden. Es wurde nach Waffen und Dokumenten gesucht. Gefunden wurde nichts.

*

Der württembergische Innenminister scheint trotz der vielen Blamagen, die er sich bei den Kommunistenverfolgungen geholt hat, immer noch nicht von seinem Rotkoller geheilt zu sein. Im Gegenteil. Der Rotkoller scheint bei ihm zu einer krankhaften Erscheinung auszuarten. Ein solcher Mensch gehört aber in eine Kaltwasserheilanstalt und nicht auf einen Ministersessel. Ein Mensch, der auf derartige Weise Staatsmittel vergeudet und die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Bevölkerung mit Füßen tritt, gehört vor den Staatsgerichtshof. Doch dieser Staatsgerichtshof wird natürlich solchen Herrn nicht anfassen. Deshalb wird der württembergische Innenminister bei gegebener Zeit vor das Revolutionstribunal gestellt werden müssen.

Ein neues Schandurteil

(Eig. Drahtm.) **Magdeburg, 5. August.**

Vor dem erweiterten Schöffengericht Magdeburgs wurde ein großangelegter Kommunistenprozeß gegen 27 Angeklagte geführt. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, daß sie in einer öffentlichen Wählerversammlung der KPD. beschlossen haben sollen, eine Uebung der Stahlhelm- und Wehrwolf-Leute zu unterbinden. Es kam zu einer Schlägerei zwischen den Faszisten und der Arbeiterschaft.

Deswegen wurden nun die Genossen Berger zu 7 Monaten, Koch und Sprengler zu je 6 Monaten, Schnabel, Arndt und Behrendt zu je 4 Monaten und Werner, Wesemann und Beckmann zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Einem Teil der Verurteilten wurde Bewährungsfrist zugebilligt.

Die täglichen Betriebsstillegungen

Die Maschinenfabrik Thyssen hat zum 1. September allen Angestellten gekündigt. In den Betrieben der Firma wird vom 1. August an kurz gearbeitet. Tausend Arbeiter werden entlassen.

Die „Friedrich Wilhelms-Hütte" soll vollkommen stillgelegt werden.

Die Vogtländische Maschinenfabrik in Plauen (Vomag) hat 450 Arbeiter entlassen. Die Kapitalisten schließen die Betriebe und sabotieren die Produktion, um die Kosten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Sie werfen die Arbeiter auf die Straße, um sie durch den Hunger für weiteren Lohnabbau und weitere Verlängerung der Arbeitszeit mürbe zu machen.

Die Partei muß den Kampf für die Kontrolle der Produktion aufnehmen, um die kapitalistische Produktionssabotage zu brechen und sich Brot und Arbeit zu verschaffen.

*

Der Reichswirtschaftsminister hat einen Erlaß herausgegeben, der erst recht eine Aufmunterung der Kapitalisten zur Stillegung ihrer Betriebe bedeutet. Die durch Verordnung der Regierung vorgesehene Anmeldungsfrist für Stillegungen soll abgekürzt werden. Das ist die Politik der kapitalistischen Regierung. Carte blanche für die Produktionssabotage der Kapitalisten, der behördliche Segen, wenn die Arbeiter ohne Brot auf die Straße geworfen werden.

Statt Preisabbau — Produktionseinschränkung

Das Ruhrkohlensyndikat, in dem ziemlich heftige Kämpfe zwischen Stinnes und Thyssen stattfinden, ist wieder geleimt worden. Die kapitalistischen Hyänen haben sich zum Angriff auf die Arbeiterschaft zusammengefunden. Die monopolitischen Großkonzerne antworten auf die Krise mit ihren eigenen Mitteln. Das Ruhrkohlensyndikat hat angesichts des Absatzmangels abgelehnt, die Preise herabzusetzen und statt dessen eine weitere Produktionseinschränkung beschlossen. (Kohle auf 75 Prozent, Koks auf 60 Prozent, Briketts auf 70 Prozent.) Das heißt, Stinnes und Thyssen wollen durch eine indirekte Sabotage der Produktion die Preise hochhalten und die heutige Teuerung verewigen. Sie schränken die Produktion ein, sie werfen einen Teil der Arbeiter auf die Straße, um die übrigen durch den Druck der drohenden Arbeitslosigkeit um so mürber zu machen. Diese Maßnahmen der stärksten Gruppe der deutschen Bourgeoisie zeigen deutlich den ganzen Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden, entlarven schonungslos alles Gerede von Preisabbau und so weiter. Das Proletariat muß den Kampf gegen die Stinnespläne aufnehmen, es gilt im Interesse aller Werktätigen, um die Teuerung ernstlich zu bekämpfen, um den Arbeitern Brot und Arbeit zu verschaffen, den Kampf um die Kontrolle der Produktion aufzunehmen.

Die deutsche Regierung zum Befehlsempfang in London

Das Rauschen in London

(Eig. Drahtm.) **London, 4. August.**

Im Unterhaus erklärte Macdonald: Wenn die Regierungen sich über die Frage Sanktionen nicht einigen können, so sei es für jede Regierung möglich, nach dem Fehlschlagen der Verhandlungen ihre eigene Politik fortzusetzen. Vor dem Frieden von Versailles sei diese Angelegenheit auch geregelt worden.

Bei der Feststellung von deutschen Verfehlungen müssen die Reparationskommissionen einstimmig entscheiden. Ist die Einstimmigkeit nicht vorhanden, so entscheidet ein dreigliedriges Schiedsgericht, das durch die Reparationskommission oder den Präsidenten des internationalen Schiedsgerichtshofes ernannt wird. Angefochtene Auslegungen des Sachverständigenplanes sollen durch Juristen entschieden werden. Wenn das Transfer-Komitee in der Frage der Unzureichtigkeit Deutschlands nicht einstimmig entscheiden kann, so soll ein Schiedsgericht von wirtschaftlichen Sachverständigen die Entscheidung fällen. Im übrigen werden alle Vorbereitungen zum Empfang der deutschen Delegation getroffen. Macdonald erklärte, daß er als Vorsitzender der Konferenz jede überflüssige Rede verhindern und dafür sorgen werde, daß nur das Allernotwendigste besprochen wird.

Macdonald über die Londoner Konferenz

(WTB.) **London, 5. August.**

Im Unterhause erklärte Premierminister Macdonald, man sei der Ansicht, daß die Verhandlungen unter den Alliierten einen Punkt erreicht hätten, an dem die weiteren Erörterungen mit Vertretern der deutschen Regierung fortgesetzt werden müßten. Augenblicklich sei geplant, drei Vereinbarungen durchzuführen:

1. eine solche zwischen der deutschen Regierung und der Repko hinsichtlich der innerhalb der Repko-Zuständigkeit liegenden Fragen;
2. eine Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen hinsichtlich der Fragen, die durch direkte Vereinbarungen zwischen diesen Regierungen geregelt werden müßten;
3. eine solche zwischen den alliierten Regierungen, die diejenigen Fragen regeln sollte, die die Alliierten angingen.

Macdonald bezeichnete als Grundlage des Dawes-Berichtes die Aufbringung einer Anleihe für Deutschland, damit dieses wieder in das wirtschaftliche System Europas eintreten könne. Das Vertrauen in die Reparationskommission sei auf den britischen und amerikanischen Märkten völlig verwirkt, solange diese den wirtschaftlichen Kredit Deutschlands zerstören könnte. Im gegenwärtigen Augenblick sei es für die Regierung nach dem Fehlschlagen einer Uebereinkunft hinsichtlich einer Verzugserklärung möglich, **eine eigene Politik durchzuführen.** Es sei ganz klar, daß das ein sehr unbefriedigender Stand der Dinge sei. (Beifall bei der Opposition.) Durch die Arbeit der vorgesehenen Maschinerie sei jedoch für die Gesamtlage eine Erleichterung erreicht worden. Die Frage von Sanktionen werde mit Pünktlichkeit auftreten und die englische Regierung werde nach der Konferenz fortfahren, in dieser Frage zu arbeiten, so gut sie könne. Mit der Anleihe selbst habe die Regierung nicht das geringste zu tun. Sie verhandle über ein politisches Abkommen, das genügende Sicherheiten für die Kapitalanlage biete. Nach Beendigung der Arbeiten müßten die Banhäuser in London, Paris und anderswo sich mit der Aufbringung der Anleihe befassen. Mit dem Hauptinhalt der Resolution, die **zum Teil in letzter Stunde und unter großem Druck zustandegekommen sei,** stimme er überein, er habe es aber abgelehnt, seine Unterschrift darunter zu setzen. Hierbei würde er dieselben schiedsgerichtlichen Bedingungen für die Auslegung des Versailler Vertrages anwenden, so daß alle strittigen Punkte etwa vom internationalen Gerichtshof im Haag behandelt werden könnten. Macdonald betonte die vorläufige Natur dieses letzteren Vorschlages und setzte hinzu: Er befürchte, daß bei dem augenblicklichen Stand der öffentlichen Meinung nicht etwa in England sondern anderswo eine derartige Vereinbarung unmöglich sei. Er hoffe aber, daß man nach sechs Monaten zu einer Vereinbarung über diesen Punkt gelangen könne. Für die Errichtung eines Komitees zur Entscheidung darüber, bis zu welchem Maße jedes Land Reparationssachlieferungen empfangen müsse, brauche man die Zustimmung der deutschen Regierung. Macdonald erinnerte in diesem Zusammenhang an die Tätigkeit des alliiert-deutschen Organisationskomitees für die Regelung der Sachlieferungen und erklärte, die gesamte Frage des Empfanges von Reparationen solle weiter verfolgt werden.

*

Aus dem Bericht Macdonalds im englischen Unterhaus geht klar hervor, daß jede Entente-Regierung nach dem Fehlschlagen einer Uebereinkunft über eine Verzugserklärung eigene Politik machen, d. h. Sanktionen auf eigene Faust vornehmen kann. Und wie leicht ist eine Einigung zu hintertreiben. Poincaré hat durch Herriot seinen imperialistischen Standpunkt durchgesetzt.

Die Repko macht die Versklavungsgesetze

Die deutsche Regierung sieht stramm — Der Reichstag kuscht

Die deutsche Regierung hat in gehorsamer Ausführung des Dawes-Gutachtens vier Gesetzentwürfe über die Versklavung der deutschen werktätigen Massen der Reparationskommission zur gütigen Annahme vorgelegt. Es handelt sich um:

1. den Gesetzentwurf über die **Industrieobligationen.** Dieser Entwurf soll die gesamte deutsche Industrie der Kontrolle eines Kommissars unterstellen, der jederzeit berechtigt ist, die Obligationen, d. h. den Ertrag der deutschen Produktionsmittel aus der Arbeit deutscher Proletarier und damit diese selbst an das internationale Kapital zu verschachern.

2. Den **Gesetzentwurf über die Goldnotenbank,** der die deutsche Währungshoheit preisgibt und das deutsche Geldwesen der Ententekontrolle unterstellt.

3. Den Gesetzentwurf über die **neue Eisenbahngesellschaft,** der das wertvollste Stück der deutschen Konkursmasse dem internationalen Kapital verschachert.

4. Den Gesetzentwurf über die **deutschen Budgeteinnahmen,** der die deutschen Proleten zwingt, in Form von Tabak-, Bier- und Zuckersteuer Millionen an die Macdonald und Herriot zu zahlen.

Die Reparationskommission hat die Gesetzentwürfe entgegengenommen. Aber der gute Wille der deutschen Regierung, sich zu unterwerfen, hat ihr noch nicht genügt. Sie hat rücksichtslos mit dem Notstift an den Gesetzen gestrichen und geändert. Und die deutsche Regierung sieht zu.

Kläglicher und jämmerlicher hat nie eine Regierung die Gesetzgebungshoheit preisgegeben, als die deutsche Regierung der Reparationskommission. Die deutschen Gesetze werden nicht mehr vom Deutschen Reichstag gemacht; sie werden von der Reparationskommission in Paris beschlossen und der deutschen Regierung im wörtlichsten Sinn des Wortes diktiert. Sie liefert die technischen Hilfsmittel und die Schreibmaschine für das, was die imperialistischen Räuber in Paris für gut befinden. Der Reichstag darf hinterher mit dem Kopf nicken.

Die deutsche Regierung kuscht vor der Reparationskommission genau so, wie sie vor der bayerischen Kontrevolution kapituliert hat.

Die deutsche Regierung hilft die Sklavenkette für das deutsche arbeitende Volk schmieden. Sie hilft die deutschen Produktionsmittel an das internationale Kapital verschachern.

England nähert sich Sowjet-Rußland

Vor der Anerkennung Sowjet-Rußlands durch Frankreich

WTB. **Moskau, 4. August.**

In einer Unterredung mit hiesigen Journalisten erklärte Rakowski, die englische Regierung stehe jetzt nicht mehr auf dem Standpunkt, den sie bisher während der Verhandlungen zwischen England und der Sowjetunion vertreten habe, daß nämlich die Möglichkeit einer Garantie der Anleihe für die Sowjetunion seitens der englischen Regierung ausgeschlossen sei. Die ganze Arbeiterpartei habe sich jetzt schon bestimmt für die Garantie ausgesprochen. In den Kreisen der City habe sich ein Umschwung gegenüber der Sowjetunion vollzogen. Viele Bankiers, die das bekannte Memorandum unterschrieben hätten, seien um eine praktische Lösung der Anleihefrage bemüht. Rakowsky sprach weiter seine Ueberzeugung aus, daß auch in der Frage des nationalisierten Eigentums sich ein Ausweg finden lassen werde, der zugleich den Interessen der Sowjetunion entspreche. Bezugnehmend auf seine Unterredung mit Herriot erklärte Rakowsky ferner, er sei überzeugt, daß die Anerkennung der Sowjetunion durch Frankreich, dem sich Belgien anschließen werde, in den nächsten Tagen erfolgen werde. Rakowsky reiste heute nach London.

Achtung, schwarze Listen

Die „schwarzen Listen" sind bekanntlich nach der Revolution verboten worden. Doch was scheren sich die Unternehmer an irgendwelche Verordnungen, wenn es gilt, mißliebige Arbeiter und „Hetzer" aus den Betrieben zu jagen. Wir sind jetzt einem ganz neuartigen System von schwarzen Listen auf die Spur gekommen. Beim Empfang von Entlassungspapieren muß jeder Arbeiter diese auf folgende Zeichen, deren Bedeutung wir zugleich mitteilen, untersuchen:

A = eigener Wunsch, B = unbrauchbar, unhöflich, unzuverlässig, C = faul, D = Krankheit, E = überzählig, F = Einschränkung des Betriebes, G = Freiwilliger Militärdienst, H = Dienstversäumnis ohne Entschuldigung, J = fortgesetzte Unpünktlichkeit, K = Arbeitsverweigerung, L = unbefugtes Verlassen der Arbeitsstätte, M = Trunkenheit, N = Beleidigung, O = Sachbeschädigung, P = Widersetzlichkeit, Q = Tätlichkeiten, S = Betrug und Unterschlagung, T = Diebstahl, V = Entwendung von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen.

Diese Zeichenerklärungen gelten für die gesamten Arbeitgeberorganisationen. An Hand dieser Angaben kann jeder Arbeiter untersuchen, mit welchen „Empfehlungen" seine Fleppen versehen sind, und er wird sich erklären können, warum er nirgends Arbeit bekommt.

Jeder Arbeiter, der entlassen wird, soll sich seine Papiere genau ansehen, und wenn er irgend solch Zeichen darauf findet, vom Arbeitgeber sofort die Neuausstellung der Papiere fordern. Viel Zweck hat es ja nicht, denn die Unternehmer in den einzelnen Industrien sind so fest organisiert, daß sie die Qualität jedes Arbeiters eben durch ihre Verbände genau kennen. Außerdem ist es ja besonders im hallischen Bezirk bei den Unternehmern Brauch, daß sie bei dem vorhergehenden Arbeitgeber über den Entlassungsgrund und über die Führung des Arbeiters anfragen. Wir können hierfür Hunderte von Beispielen anführen. Trotzdem müssen die Arbeiter darauf bestehen, daß diese Zeichen verschwinden.

Schwarze Listen sind verboten. Die Unternehmer pfeifen auf das Verbot solange, wie die Arbeiterschaft über derartige Schikanen stillschweigend hinweggeht. Die schwarzen Listen werden erst dann wirkungslos, wenn über Einstellung und Entlassung die Arbeiterschaft selbst entscheidet. Und das geschieht erst, wenn die Arbeiterschaft die Macht in Händen hat.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung" vor Gericht

(Eig. Drahtm.) **Breslau, 5. August.**

Die Breslauer Justiz und der Polizeipräsident Kleibömer führen seit Monaten gegen die Breslauer Kommunisten einen Feldzug. Eine ungesetzliche Verhaftung löst die andere ab, eine Anklage folgt der anderen. Zur Abwechselung stand wieder einmal die „Schlesische Arbeiterzeitung" unter Anklage. Zwei Artikel, die der Genosse Schulz als verantwortlicher Redakteur gebracht hatte, hatten es diesmal der Justiz angetan. Zwar brach die Anklage vollständig zusammen, trotzdem wurde der Genosse Schulz zu einer Geldstrafe von 100 Mk., im Unvermögensfalle von 10 Tagen Haft verurteilt.

Der „organisierte" Weltfrieden

(rrp.) **Brüssel, 5. August.**

Das englische Außenministerium protestiert in einer Note an die Regierungen in Amerika und Japan gegen die seit einiger Zeit verfolgten Absichten, das Kaliber der Geschütze der amerikanischen und japanischen Marine zu verbessern. Die englische Regierung sieht in diesem Versuch einen Vorstoß gegen das Washingtoner Abkommen.

Bankierkonferenzen zur Sicherung des Weltfriedens, Flottenparaden, Wettrüsten — das ist der der „gerüstete" Pazifismus des Arbeiterministers Macdonald.

Aus der Partei

Drei neue Kämpfer

Ab 1. August erscheinen drei neue Parteizeitungen: die „Oberschlesische Rote Fahne", „Der Lübecker Kommunist", „Die Pfälzer Arbeiterzeitung". Unsere drei neuen Bruderblätter begrüßen wir als ein Zeichen des Fortschrittes der kommunistischen Bewegung.

Ludendorff ist frei!

Aber 7000 proletarische Gefangene schmachten im Kerker!

Nieder mit der Klassenjustiz!

Her mit der Amnestie!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240805-19/fragment/page=0003

Neues vom Tage

Von der fahrenden Lokomotive gestürzt. Am Mittwoch stürzte der Lokomotivführer Besele aus Halle unweit Saaleck von der Lokomotive des in der Fahrt befindlichen D-Zuges 32. Der Verunglückte, der einen schweren Schädelbruch erlitt, wurde nach der Chirurgischen Klinik in Halle gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt. Wie sich der Unfall ereignet hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Die eigene Scheune in Brand gesteckt. Selbstmord des Täters. Der Landwirt Spott in Kossa bei Eilenburg bekam mit seiner Frau auf dem Felde Streit, dem Tätlichkeiten folgten. In seiner Wut rannte Spott heim, zündete die Scheune an und erhängte sich an einem Balken. Die Scheune mit einem großen Teil der neuen Ernte brannte nieder. Unter den Trümmern fand man die verkohlte Leiche.

Schwere Sturmflut bei Bombay. An der Malabar-Küste hat eine Sturmflut schweren Schaden angerichtet. In Bombay sollen 10 000 Häuser vernichtet sein. In Calint mußten die Bewohner mit Booten aus den Häusern geholt werden. Dort soll das Wasser 1000 Häuser zerstört haben. Der Verlust ist noch nicht zu übersehen.

Nach einem Vogelschießen den Nachbar erstochen. Das Vogelschießen in dem Dorfe Leubnitz bei Plauen nahm in der Nacht zum Montag einen überaus betrüblichen Ausgang. Infolge eines Streites erstach nachts gegen 3 Uhr der 30 Jahre alte Waldwärter Albert Purucker seinen Freund und Nachbar, den 36jährigen Schlosser Johannes Mädler vor seiner unweit des Einganges zum Rittergut Leubnis an der Dorfstraße gelegenen Wohnung mit einem griffesten Messer. Der Täter hat sich alsbald nach der Tat, um 4 Uhr nachts, in Syrau bei dem dort stationierten Gendarmerieoberwachtmeister gestellt und ist daselbst festgenommen worden. Die Witwe des Erstochenen, die allgemein geschätzt wird, steht mit ihren drei Söhnen im Alter von 4 bis 13 Jahren mittellos da. Der als hitzig bekannte Purucker ist kinderlos.

Merkwürdiger Todesfall. Auf der Straße von Simmershausen nach Ihringshausen standen dieser Tage zwei mit Getreide und Heu beladene Wagen dicht nebeneinander. Zwei Radfahrer, der eine von Simmershausen, der andere von Holzhausen kommend, prallten mit ungeheurer Wucht aufeinander. Während der eine, ein Schreiner, eine klaffende Kopfverletzung erhielt, war der andere, der 37 Jahre alte Bergmann Lötz von Holzhausen, anscheinend mit dem Schrecken davongekommen, denn er bestieg das beschädigte Rad, fuhr nach Ihringshausen und zur Arbeit in die Grube ein. Während der Arbeit fiel er dann aus einer Ohnmacht in die andere, so daß er schließlich in das Landkrankenhaus gebracht werden mußte, wo er bald darauf verstarb. Durch den Sturz war ihm der Schädel, ohne daß äußere Verletzungen sichtbar waren, vollständig zertrümmert.

Ein Dampfer mit 13 Mann gesunken. Der Oldenburger Dampfer „Schill" ist im Atlantischen Ozean untergegangen. Die Besatzung mit 13 Mann ist ertrunken. Der Dampfer „Schill" gehörte der deutschen Fischereigesellschaft „Nordsee". Unter Kapitän Wilhelm Meyer-Nordenham ist er am 15. Januar nach Island auf den Fischfang gefahren und seit dieser Zeit vermißt.

Die Mitgliederorganisation der „Roten Hilfe"

muß in jedem Betrieb geschaffen werden. Jeder Arbeiter, ganz gleich, welcher Partei er angehört, der es aber ehrlich mit dem Kampf gegen die Klassenjustiz meint, muß die Mitgliedschaft der „Roten Hilfe" erwerben, um den Opfern des Justizterrors „Rote Hilfe" zu bringen. Die Bildung von Mitgliederorganisationen der „Roten Hilfe"

ist in jedem Betrieb

die wichtigste Aufgabe der Arbeiterschaft. Denn nur

durch

den Massendruck aller Arbeiter werden die politischen Gefangenen befreit werden. Vorbedingung für den Kampf um die Amnestie ist es aber, daß

die Betriebszelle

die gesamte Belegschaft über das Wüten der Klassenjustiz aufklärt. Nur so wird der Kampf für die Amnestie erfolgreich sein, nur so wirkliche „Rote Hilfe" für die Angehörigen der Inhaftierten

schnellstens zu schaffen!

Mord bei Arnswalde. Einen grausigen Fund machten Arbeiter des Stadtgutes Johannisberg bei Arnswalde. Beim Mähen eines Roggenschlages, der 1000 Meter vom Gutshof und 300 Meter vom Klückensee entfernt ist, stießen sie auf ein mit Wäschefetzen bekleidetes Skelett. Als man die weitere Umgebung des Fundortes absuchte, stieß man ungefähr nach 50 Metern auf einen Hammer. Dazwischen verstreut lag noch ein zerbrochener Spiegel und ein Hornkamm. Dicht am See, ungefähr 300 Meter von der Fundstelle entfernt, fand man eine Militärdrillichhose und ein baumwollenes Jackett. Beides war vollkommen mit Malerfarbe durchtränkt. Diese Sachen haben sicher dem Toten gehört. Ein Arzt konnte feststellen, daß es sich um das Skelett eines jungen Mannes handelt, das noch nicht allzu lange dort in dem Felde gelegen haben kann. Beim weiteren Nachforschen fand man noch an dem Gabelpunkte der Bahnstrecken Arnswalde—Kreuz und Arnswalde—Kallies mehrere Wäsche- und Kleidungsstücke. Ob auch diese dem Toten gehören, ist noch nicht festgestellt. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des Verbrechens beschäftigt.

Schweres Automobilunglück zwischen Aschaffenburg und Würzburg. Ein schweres Automobilunglück hat sich auf der Straße zwischen Aschaffenburg und Würzburg zugetragen. Das Auto rannte an einer schlechten Stelle der Straße gegen einen Baum. Vorher hatte es sich schon zweimal überschlagen. Von den Insassen war der Friseur Karl Schmidt aus Miltenberg sofort tot, ein anderer Mitfahrer, der Gastwirt Otto Staab aus Aschaffenburg erlitt einen doppelten Schädelbruch.

Sensationelle Funde in einem Petersburger Museum. Wie sich der „Figaro" aus Moskau melden läßt, machte ein Arbeiter, der bei den Bauarbeiten am alten Museum in Petersburg beschäftigt war, einen sensationellen Fund. Beim Reinigen der Keller des großen Gebäudes, das ehemals das Palais des Grafen Obrinsky war, und das jetzt die Bureaus der Verwaltung der sibirischen Eisenbahn beherbergt, stieß der Arbeiter auf drei Geheimtüren, die zu unterirdischen Räumen führten. Er erstattete sofort bei der Verwaltung des Museums Meldung. Sie Stahltüren wurden daraufhin von der Polizei aufgebrochen, die in zwei Räumen mehrere Tonnen Waffen und Munition fand, die her versteckt worden waren. Bei der weiteren Untersuchung der Kellerräume entdeckten die Polizisten etwa ein halbes Hundert erlesener Gemälde und Truhen, die Schmuckstücke von unschätzbarem Wert sowie eine große Zahl roter Edelsteine enthielten. In einer der Truhen fand man außerdem mehrere vertrauliche Briefe, die von dem Mönch Rasputin an Mitglieder der Familie Obrinsky gerichtet worden waren.

DAS WORT **Die am 2. August unter dem Titel „Gegen den Krieg" erschienene Doppelnummer 88/89 ist noch an den Zeitungsständen und im Verlag zu haben.**

Aus dem Inhalt der Nr. 90: Heraus mit den politischen Gefangenen! Der Kampf um Fechenbach. Glossen: Krieg mit Bratwürsten; Entsetzliche Strafe. Der Deutschvölkische. Daniel Cullen. Revolutionäre im Gefängnis. Die politischen Gefangenen im monarchistischen Bayern. Kritik der Künste. Gedichte der Gefangenen.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich [illegible] Uhr • Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle.

Donnerstag, 7. August, abends 8 Uhr, in allen Distrikten: **Distriktsversammlungen.** Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Distriktsführer. Am Mittwochabend 6 Uhr **Material abholen.**

Distrikt 8 hält seine Versammlung am Donnerstag in der „Produktiv-Genossenschaft" ab. Die Zehnerschaftsführer haben einzuladen.

Beschwerdekommission. Dienstag abend 6 Uhr.

Distrikt 4. Mittwoch, 6. August, im Restaurant „Hasenbahn": **Distriktsversammlung.**

Halle-Saalkreis

Nietleben. Mittwoch, 6. August, abends 8 Uhr, im Lokal „Sonne": **Mitgliederversammlung.**

In **Bockwitz** befindet sich die Expedition des

Klassenkampf

im **„Volkshaus"**, Zimmer 6, beim Gen. **Meergans**

Bestellungen auf den „Klassenkampf" sowie Anzeigen- und Druckaufträge aller Art werden daselbst entgegengenommen. Auch erfolgt durch unseren Vertreter die Lieferung aller kommunistischen sowie schöngeistigen Literatur, sämtlicher Zeichenutensilen, Schul- und Schreibwarenartikel. Nicht auf Lager befindliche Bücher werden ohne Preisaufschlag schnellstens besorgt.

Auf dem Schienennetz von Eisen, das den Erdball umspannt und die Städte und Völker verbindet, rollen rastlos die stählernen Räder. — Ein Tag des Unglücks. — Falsche Weichenstellung. — Prasselnd sausen die beiden Schnellzüge zusammen. — Entsetzliche Hilferufe, — Qualvolles Stöhnen, — Rennen, flüchten, retten. 2358

Unversehrt durch Bestimmung ein kleines Mädchen, unschuldig, süß. Sie findet ein Heim bei dem Lokomotivführer, und in dessen Sohn einen Spielgefährten. — Jahre vergehen. — Aus Kameradschaft wird Liebe — von Vaters wie des Sohnes Seite. Das Sprichwort von alt und jung. — Um des Lokomotivführers Haus zwischen Schienensträngen, erfüllt von rollenden Rädern, brausendem Lärm und wogendem Qualm zogen weiter die Tage dahin. — „Vater, du bist zu alt für diese Torheiten". Zu Herzen genommen. —

Rollende Räder, rasendes Blut

Henry Ford
der König der Autos und der Herrscher über die Seelen
von Alexander Friedrich
Broschiert **50 Pf.**
Bezug durch:
Bezirks-Zentral-Buchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Schulbücher
empfehlen die
Volksbuchhandlungen

Damentaschen 295
Ia. Leder, billigst nur
Schmeerstr. 19.
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Drucksachen
aller Art liefert geschmackvoll und preiswert die Produktiv-Genossensch., Lerchenfeldstraße 14

Zeitungsträger
für **Petersberg** per sof. **gesucht**
Meldungen beim
Verlag „Klassenkampf", Halle

Zeitungsträger
für **Oberröblingen** a. Helme für sofort gesucht. Zu melden bei
Otto Schütze

Leistungsfähigste Bezugsquelle für
Kinder- und Klappwagen, Stuben- u. Puppenwagen, Schutzgitter, Kinderstühle, Kinderbetten 2360
— Zahlungserleichterungen —
Bruno Paris
jetzt Brüderstr. 3, 1 Min. v. Markt

Geeignete Bureauräumlichkeiten
(Zimmer mit separatem Eingang, kleiner Laden oder Nebenzimmer einer Wirtschaft) für offenen Bureauverkehr sofort **gesucht.** Ausführliche Angebote an die Geschäftsstelle des „Klassenkampf" unter **Nr. 2355 a** erbeten

CIRCUS GEBR. BLUMENFELD JR. MAGDEBURG
Tel. 9073 Tel. 9073

Nur noch bis Donnerstag!
Mittwoch:
Austrag der Wette zwischen den Herren Dönitz und Richter, Halle, gegen Herrn Rolando. (Siehe unten!)
Donnerstag:
Rolandos Pferdezug
Zwei der schwersten Pferde aus dem Stall der Fa. Zillmann & Lorenz werden an die Arme Rolandos gespannt und sollen versuchen, diese auseinanderzuziehen
Donnerstag nachm. 3½ Uhr:
letzte Kindervorstellung
Erwachsene zahlen kleine Preise
Jeder Erwachsene für 1 Kind freien Eintritt

Abschrift.
Halle, den 3. August 1924
An den Eisenkönig Rolando,
Halle, Zirkus Blumenfeld
Da wir an die Reellität Ihrer Kraftleistungen nicht glauben, fordern wir Sie auf, sich uns zu stellen und einige Eisen aus unserer Werkstatt zu biegen oder zu brechen. Diese Eisen werden dieselbe Stärke haben wie die, mit denen Sie auftreten. Sie dürfen sich die Eisen bei uns aussuchen. Sollten Sie hierzu imstande sein, so erkennen wir Ihre Leistungen an und zahlen Ihnen eine Belohnung von
300 Goldmark
Sollten Sie sich drücken oder versagen, dann würde es besser sein, Sie unterlassen Ihr weiteres Auftreten
gez.: **Fr. Dönitz**, Schmiedemeister **Berliner Straße; G. Richter,** Klempnermeister, **Berliner Straße**

Offene Antwort:
Herren
Fr. Dönitz und G. Richter hier
Auf Ihre privat an meine Adresse gerichtete Aufforderung erkläre ich Ihnen, daß ich mir diese Reklame nicht entgehen lassen will, und daß ich mich ihnen am Mittwochabend zur Verfügung stelle. Die Eisen brauche ich mir nicht auszusuchen, Sie dürfen mir dieselben Mittwochabend mitbringen, wie Sie wollen. Falls Sie noch mehr von meinen Kraftleistungen zu sehen wünschen, bitte ich um Ihren Besuch am Donnerstagabend, an welchen ich meinen besten Kraftakt, den Kampf gegen 2 Pferde ausführen werde.
2359 **Rolando**
Nur noch bis Donnerstag!

Familien-Nachrichten

Für die vielen wohltuenden Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau und Pflegemutter
Berta Pohle
geb. Tenscher
sagen wir allen für die zahlreichen Kranzspenden, der Ortsgr. KPD. Gleßen, dem Männer-Ges.-Verein, dem Frauen-Chor, den Angestellten der Genossenschaft Gleßen, der Musik-Kapelle H. Küster, der Schuljugend, Herrn Pastor Alsleben und allen Freundinnen und Bekannten unseren herzlichsten Dank *507
Rockwitz, den 3. August 1924
Die trauernden Hinterbliebenen
Franz Pohle nebst Pflegetochter

Danksagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank, besonders Dank Herrn A. Borgmann sowie der Gesangsabteilung der freien Gast- und Schankwirte 2356
Familie Karl Weinrich

„Solbad Wittekind"
Zur Feier der Eröffnung
am Mittwoch, dem 6. August:
∴ Früh-Konzert ∴
von ¾7 bis ¾9 Uhr
Nachmittags-Konzert
von 4 bis ½7 Uhr
(Abonnenten frei) **Abends 8 Uhr:**
∴ Extra-Konzert ∴
Illumination des Konzertgartens und der Terrassen *508

Vereine
Komm. Jugend
Ortsgruppe Halle
Bureau: Produktiv-Genossenschaft, geöffnet von 5-7 Uhr
Heute, Dienstag, abds. 7 Uhr: Spielen a. d. Peißnitzwiese.
Mittwoch, 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Funktionär-Sitzung. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.
Donnerstag: Teilnahme an den Distrikts-Versammlungen.
Zentral-Vorstand.

Schlafzimmerschränke
in allen Größen mit und ohne Wäscheeinrichtung, **hohe Bettstellen** mit und ohne Matratzen, **Waschkommoden**, komplette **Schlafzimmer** und **Küchen**, **einzeine Küchenbüfetts** alles liefere, dauerhafte Möbel
große Auswahl
verkauft preiswert
Max 2357
Jungblut
Albrechtstr. 37.

Ansichtskarten empfiehlt die Volksbuchhandlg

Ende der Woche erscheint die
Badenummer
des
„Knüppel"
Politisch-satirisch. Arbeiterzeitung
Hochaktuell! Reich illustriert!
Preis 20 Pf.
Bestellungen bitten wir schon jetzt aufzugeben
Lieferung durch die Austrägerinnen, die Filialen und die
Bezirks-Zentral-Buchhandlung
in **Halle a. d. S.**, Lerchenfeldstr. 14

Schafwolle
sowie alle Arten **Felle** kauft zu höchsten Preisen [2361
Fr. Bargenda, Mühlgasse 3.

Textilhaus
Ernst Regeling
Weißenfels
Große Kalandstr. 7 :: Promenade 34
801
Eröffnung
am 4. August

Auf dem diesjährigen Schützenfest in Zeitz ist eingetroffen:
Deutschlands größte Abnormitäten-Schau mit ihren lebenden seltsamen Menschen-Wundern

à la Barnum & Bailey 802
Unter anderen: **Marianna, das lebende Gorilla-Mädchen**
Halb Mensch, halb Tier **Halb Mensch, halb Tier**
Ein seltsamer Fall, den der älteste Greis noch nicht gesehen hat und der erst in 1000 Jahren einmal vorkommt. Das Gorilla-Mädchen wurde am 31. Juli 1910 in Frankfurt a. M. auf der Universität vorgestellt, vor zirka 300 Aerzten und Professoren im Kongreß, und daselbst von Herrn Professor Herxheimer aus wissenschftl. Gründen modelliert. 10000 M. zahlt die Direktion, wenn das Gorilla-Mädchen in einem künstlichen Fell oder einer künstlichen Haut steckt. Ein jeder hat das Recht, genau zu untersuchen, ob die Behaarung echt ist. Ferner haben Sie Gelegenheit eine ganze Karawane der seltsamsten Menschenwunder zu sehen: Riesen und Riesinnen, kleine und dicke Menschen. Sämtliche Abnormitäten werden in einem amerikanischen Prachtbau für einmaliges Eintrittsgeld vorgestellt. Es laden gütigst ein **Die Abnormitäten.**

Hausfrauen! **kauft nur bei unseren Inserenten!**

In diesen Tagen wird der August-Abonnementsbetrag kassiert. Wer den Juli noch zu bezahlen hat, hole das Versäumte sofort nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240805-19/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis

Die Preisprüfungsstelle will falschen Auslegungen vorbeugen

Die Preisprüfungsstelle richtet ein Schreiben an uns, dem wir entnehmen, daß „die Aufhebung einiger veralteter Bestimmungen des Preistreiberei-Strafrechts" „Anlaß dazu gegeben habe, vom Ende der Preisprüfungsstelle zu sprechen". Dem sei aber nicht so.

„In Kraft sind noch die gesetzlichen Bestimmungen über Preisschilder und Preisverzeichnisse, die jetzt sogar auch auf die Konsumvereine ausgedehnt worden sind; weiter die Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 13. Juli 1923 sowie die neue Milchverordnung vom 6. Juni 1924; ferner das ganze Preisstellengesetz vom 13. Juni 1923, die Kettenhandelsverordnung und die Verordnung über Handelsbeschränkungen §§ 20 ff., um unzuverlässige Personen vom Handel auszuschließen.

Aufgehoben sind nur die verschiedenen Bestimmungen über Erlaubnispflicht im Großhandel, die Ankaufserlaubnispflicht für Kartoffeln und Eier und die Handelserlaubnis für Zucker.

Der Zwang, die Handelserlaubnis zu beantragen, ist also gefallen, womit die Preisprüfungsstellen gar nichts zu tun hatten, sondern die Polizeibehörden. Gefallen ist auch im Juli 1924 der amtliche Charakter der Preisnotierungen des Nahrungsmittel-Großhandels, was die weitere Mitwirkung der Preisprüfungsstellen in den — **übrigens erst seit August 1923 zugelassenen** — Notierungskommissionen des Nahrungsmittel-Großhandels unnötig macht. Wozu bemerkt sei, daß die Preisprüfungsstellen gerade diese Notierungskommissionen von vornherein für nicht notwendig gehalten haben, wie es die Sitzungsberichte des preußischen Handelsministers vom Juni-August 1923 ausweisen."

Die Preisprüfungsstelle ist keine Einrichtung, um die Konsumentenmassen vor Ausbeutung zu schützen. Das lehrt deutlich diese in schönem Bamtendeutsch verfaßte Notiz. Sie ist vielmehr ein Instrument des Großhandels geworden, die dem Kleinhandel, der sich in dieser Wirtschaftslage oft nicht drehen und wenden kann, völlig in der Hand hat. Die Pflicht zur Beobachtung dieser Formeln wurde darum auch auf die Konsumvereine ausgedehnt.

Unter dem Druck der Massen hat man in der Inflationszeit, Juli-August 1923, den Preisprüfungsstellen ein anderes Gesich zu geben versucht oder nicht einmal das, man hat ihnen nur eine Maske vorgebunden, um den proletarischen Kontrollausschüssen zu entgehen, die sonst energisch durchgegriffen hätten. Die Preisprüfungsstellen schwören auch ab, daß sie freiwillig diese Konzession gemacht haben.

Was hat es aber mit der Aufhebung von Bestimmungen auf sich? Es sei nochmals gesagt: „Aufgehoben sind nur die verschiedenen Bestimmungen über Erlaubnispflicht im Großhandel."

Diese Bestimmungen werden als veraltet bezeichnet. Veraltet sind sie wahrscheinlich, weil sie die Profitmacherei des Großhandels ein wenig unterbunden haben, weil sie eine der sogenannten Errungenschaften der Revolution dargestellt haben. Für Zucker, eines der wichtigsten Nahrungsmittel, ist die Ausfuhrerlaubnis gegeben, und wir spüren ja, trotz der schwankenden Indexziffer, täglich die Verschlechterung der Lebenshaltung dadurch, daß dem Kapital auch von dieser Seite jede Möglichkeit zur Auspowerung der Massen gegeben ist. Die Preisprüfungsstelle bemerkt in der Notiz, daß ihr die Aufhebung der Bestimmungen sehr gut in den Kram paßt. Aber selbst, wenn sie sich noch soviel Mühe gäbe, richtig zu funktionieren, die Kapitalisten würden sich über die Bestimmungen hinwegsetzen und Staat Staat sein lassen, wie sie es von ihrem glorreichen Beispiel Stinnes gelernt haben.

Die Bourgeoisie sichert sich

Wie die „Allgemeine Zeitung" mit Genugtuung feststellt, **ist in das Brüdenhäuschen an der Peißnitz Schupo eingezogen.** Die Begründung dieser Tatsache enthüllt den wahren bourgeoisen Egoismus: gestern noch haben sie Lippenbekenntnisse gehabt für „die Not des Volkes im Kriege" — heute schreiben sie:

„Während der Kriegszeit war das Häuschen von der blauen Polizei belegt; von dort aus beaufsichtigte sie auch die Felder, die während des Krieges von Spitzbuben heimgesucht wurden."

Niemand darf mehr unbeobachtet von den Grünen an der Saale hellem Strande liegen, von dessen Freiheit die deutschen Spießer so gern singen.

Lebhafte Kinder werden mit dem Hinweis: „Sei still, sonst kommt die Schupo" erschreckt. Der alte Polizeistaat wird wieder zur höchsten Blüte gelangen. Die Polizeistreifen, die in letzter Zeit unternommen wurden, um die Arbeiter zu schikanieren, werden jetzt in Permanenz erklärt werden. Das Ueberfallkommando ist gleich zur Stelle, wenn es einmal heißen sollte, Stahlhelmer gegen revolutionäre Arbeiter zu verteidigen.

Nur so weiter, Herr Runge.

Sie haben schon so viel für uns getan, daß uns zu tun fast nichts mehr übrig bleibt!

„Nie wieder Krieg" bei der republikanischen Schupo

Das der 3. August ohne Zusammenstöße und Blutvergießen abgegangen war, mochte die kampfbereite Schupo sehr unangenehm empfinden. Sie wollten Krieg spielen, sie wollten den Geist von 1914 aufleben lassen, wie die bürgerlichen Zeitungen es phrasenhaft propagiert hatten, und da sie keinen Krieg gegen einen Erbfeind mehr machen können, greifen sie den „inneren Feind" an.

Am Sonntagabend zog eine Reihe Jugendlicher vom „Volkspark" nach Hause. Sie trugen eine zusammengerollte rote Fahne bei sich. Als sie am Kirchtor vorbeikamen, geriet dort ein Schupo in höchste Aufregung, er pfiff, aber seine Kollegen rührten sich nicht. Die Jugendlichen kamen in die Große Ulrichstraße, dort nahm wieder ein Schupo das notwendige Aergernis, und auf sein Signal stürzte etwa ein halbes Dutzend Grüne herbei. Es begann eine wilde Jagd nach den Jugendlichen, und besonders den Fahnenträger suchte man zu ergreifen. Ein Schupo rief hinter ihm her: „Sofort stehen bleiben, oder ich knalle Dich nieder!" Der Jugendgenosse wollte aber die Fahne nicht preisgeben, zumal er sie ja nicht offen, sondern zusammengerollt getragen hatte und sich nicht einmal im bürgerlichen Sinne dadurch strafbar gemacht hatte. Er lief weiter ins Dunkel und versteckte die Fahne. Die wurde aber mit Triumphgeschrei von einem Schupo entdeckt und mitgenommen. Fünf Jugendliche griff man heraus und schleppte sie auf die Wache.

So sieht der Pazifismus von Herrn Runges Angestellten aus, die zum Teil im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold organisiert sind, und dort den Jugendlichen Kadavergehorsam und militärische Uebungen beibringen, damit sie selbst einmal losgelassen werden können auf die revolutionäre Arbeiterschaft. Wenn sich die Schwarz-Rot-Goldenen damit bloß nicht geirrt haben.

Stahlhelmüberfall in der Heide

Ein in der Kellnerstraße wohnender alter Mann von 65 Jahren, wurde am Sonnabendabend zwischen 7 und 8 Uhr in der Heide von Stahlhelmleuten überfallen. Er war nach Bennstedt gefahren, um sich dort einen Geburtsschein ausfertigen zu lassen. Er hatte die Absicht, abends mit dem nach 7 Uhr von Dölauer Heide abfahrenden Zug nach Halle zurückzukehren. Am Bahnhof schon früher angelangt, faßte er den Entschluß, den Rest des Weges zu Fuß zurückzulegen. Von zirka vier bis fünf mit Stöcken bewaffneten, und Schirmmützen bekleideten Leuten wurde er überfallen und derart zugerichtet, daß er bewußtlos liegen blieb und sich erst früh gegen 5 Uhr mit Mühe und Not nach Halle schleppen konnte. Der Betreffende ist mit zahlreichen Kopfverletzungen (an Nase und Augen) sowie einigen anderen Hautabschürfungen davon gekommen.

Kommunistische Jugend Dölau unter Bewachung der Wehrwolfleute

Als am Freitag die Kommunistische Jugend aus ihrem Unterhaltungsabend von Lieskau nach Dölau ging und ihre Kamplieder sang, kam ihr eine Rotte Wehrwolfleute hinterdrein, die anfingen zu pfeifen. Die Jugendgenossen, welche glaubten, es wären Arbeiter, die auch nach Dölau wollten, machten darauf Halt und setzten sich zu beiden Seiten in die Chausseegräben. Die Masse kam heran, und die KJ. konnte feststellen, daß es Freßwölfe waren, die wahrscheinlich auf eine Tracht Prügel rechneten. Die Jugendgenossen ließen sich aber nicht provozieren. Sie gingen dann ihres Weges. Die Wehrwolfleute bildeten sich wahrscheinlich ein, daß die KJ. eine Bewachung brauchte. Sie umstellten die Jugendlichen von allen Seiten, wobei sich besonders einer der Freßwölfe mit Namen Dankwarth hervortat. Am Dorfeingang machte die KJ. Halt und wollte die Wehrwölfe weitergehen lassen. Diese Bürschchen taten das aber nicht. Es kam zu einem Wortwechsel. Die KJ. verlangte, daß die Jungens weitergehen sollten. Plötzlich wollten die Wehwölfe zum Angriff übergehen, da sie aber sahen, daß sie eine ordentliche Tracht Prügel erhalten konnten, verließen sie schnell den Kampfplatz.

Arbeiter von Dölau, merkt auf, was dieses Mordgesindel will. Die besten Kämpfer des Proletariats wollen sie hinschlachten, aber die Kommunistische Jugend wird sich ihnen entgegenstellen und so mit ihnen umgehen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

Sonntagsrückfahrkarten

Die Einrichtung der Sonntagsrückfahrkarten und die Orte, nach denen bei der hiesigen Fahrkartenausgabe solche Karten ausgegeben werden, sind in weiten Kreisen immer noch wenig bekannt. Wir bringen daher für unsere Leser nachstehende Zusammenstellung:

Sonntagsrückfahrkarten

werden an Sonntagen und an folgenden Festtagen ausgegeben: Neujahrstag, Karfreitag, Ostermontag, Himmelfahrtstag, Pfingstmontag, Fronleichnamstag, Peter- und Paulstag, Bußtag, 1. und 2. Weihnachtstag. Fahrtunterbrechung ist auf der Hin- und Rückfahrt je einmal gestattet, auch kann die Rückreise von einer Zwischenstation angetreten werden.

Die Hinfahrt kann bereits am Tage vor einem Sonn- oder Feiertage von 12 Uhr mittags an angetreten werden. Die Sonntagsrückfahrkarten in der Richtung nach Aschersleben können bis auf weiteres widerruflich Sonnabends bereits zu dem um 11,16 vorm. abgehenden Personenzuge benutzt werden. Die Rückfahrt darf jedoch frühestens am Sonn- oder Feiertage vormittags und muß auf der Zielstation der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr Mitternacht, von Unterwegsstationen spätestens mit dem Zuge angetreten werden, der die Zielstation um 12 Uhr Mitternacht verläßt.

Die Rückreise ist nach Mitternacht ohne Fahrtunterbrechung, bei Zugwechsel mit dem nächsten anschließenden Personenzug zurückzulegen.

Der Uebergang in eine höhere Klasse ist gestattet. Bei Berechnung des Preises der Uebergangskarte gelten die Sonntagsrückfahrkarten als gewöhnliche Fahrkarten.

Sonntagsrückfahrkarten gelten nur für Personenzüge. Der Uebergang in Eil- oder Schnellzüge ist ausgeschlossen. Bis auf weiteres sind jedoch versuchsweise auch folgende Eilzüge zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten 2. und 3. Klasse freigegeben: In und aus Richtung Naumburg Nr. 127 (Halle an 10.32 abends) und Nr. 128 (Halle ab 6.20 Uhr vormittags); in und aus Richtung Halberstadt Nr. 133 (Halle an 10.33 vormittags) und Nr. 134 (Halle ab 7.38 abends).

In Halle (Saale) werden Sonntagsrückfahrkarten ausgegeben nach

		3. Kl. Mk.	4. Kl. Mk.
Bad Kösen oder Freyburg (Unstrut)		3,20	2,20
Bad Harzburg oder Oker oder Scharzfeld		8,20	5,50
Bad Schmiedeberg		5,10	3,40
Bad Sulza		3,70	2,50
Ballenstedt (West) oder Berga-Kelbra oder Wippra		5,00	3,30
Berga-Kelbra oder Wippra		4,80	3,20
Blankenburg (Harz)		6,90	5,10
Burgkemnitz		2,50	1,70
Dornburg (Saale)		4,40	3,00
Düben (Mulde) oder Bergwitz		4,10	2,80
Frankenhausen (Kyffhäuser) oder Berga-Kelbra		5,40	3,60
Gernrode (Harz)		5,30	3,50
Ilsenburg oder Bad Sachsa		7,40	5,00
Jena (Saalbh.)		5,00	3,40
Lauchstadt		1,50	1,00
Leißling		2,30	1,60
Leipzig *)	2. Kl. 3,40,	2,30	1,60
Lübbenau		9,90	6,30
Merseburg *)	2. Kl. 1,30	0,90	0,60
Naumburg (Saale), Hauptbahnhof		2,80	1,90
Nordhausen oder Stolberg (Harz) oder Halberstadt		5,90	4,00
Sangerhausen		3,60	2,40
Schkeuditz		1,20	0,80
Stolberg (Harz)		5,70	3,80
Thale oder Stolberg (Harz) oder Niedersachswerfen (Reichsbahn)		6,30	4,20
Wallwitz bei Halle (Saale)		0,90	0,60
Weimar (Thür.) *) Reichsbahn	2. Kl. 7,80	5,30	3,60
Wörlitz		5,10	4,00

*) Auch Ausgabe von Fahrkarten 2. Klasse.

Der Polizeibericht meldet:

Am 3. August, vormittags, wurde in der Leipziger Straße ein Heizer von einem Ohnmachtsanfall betroffen. Er stürzte zu Boden und zog sich hierbei anscheinend innere Verletzungen zu. Er wurde von der freiwilligen Sanitätswache nach seiner Wohnung gebracht.

Am 3. August, nachmittags, wurde auf der Peißnitz eine Frau von Magenkrämpfen befallen. Durch den herbeigerufenen Krankenwagen der Feuerwehr wurde sie nach ihrer Wohnung gebracht.

Am gleichen Nachmittag erlitt in der Heide ein Mann Herzkrämpfe. Da er seinen Weg allein nicht fortsetzen konnte, mußte der Krankenwagen der Feuerwehr herbeigerufen werden, der den Kranken nach seiner Wohnung transportierte.

*

Es ist außerordentlich auffällig, daß in der letzten Zeit sich solche „Zusammenbrüche" häufen. Ein Heizer, der ohnmächtig wird — — daß in Deutschland vor Hunger jemand zusammengebrochen ist, hat

Käthe Kollwitz — Graphik-Ausstellung

in der ehemaligen Garnisonkirche am Domplatz, veranstaltet von der Hallischen Künstlergruppe

„Ernst ist das Leben, heiter ist die Kunst": Wie alles, was in den Mund des Bürgers kommt, ist auch dieser Satz, der einmal nicht ohne Bedeutung war, zu einem feirenden Schmarrn geworden. Heiter ist die Kunst, wenn sie dazu dient, die Langeweile der Verdauenden zu vertreiben oder die Existenz von Leuten, die nicht gerne die Schippe zur Hand nehmen, dadurch zu rechtfertigen, daß sie ihnen zu überflüssigen und komplizierten Gefühlen verhilft. **Heiter ist es, wenn der Künstlerverein auf dem Pflug Sonnwendfeiern unter Absingung des Stahlhelmliedes veranstaltet.** Aber ernst und schauerlich wie das Leben selbst wird die Kunst, wenn sie ihre wahre Aufgabe erfüllt und in die Tiefen des Daseins eindringt. Für unser Dasein gibt es kein wesentlicheres Problem als die endliche Befreiung aller Versklavten und der Weg der Revolution. Ihr ganzes Leben hat die jetzt fast sechzigjährige Käthe Kollwitz dieser Idee in allen ihren Auszweigungen gewidmet. Die Not der hungernden Kinder, die Not der Frau, das Geheimnis der Mutterschaft, das in der Wohnstube des Bürgers seinen Sinn eingebüßt hat, aber zwischen den schiefen Wänden des Arbeitslosen mit doppelter dunkler Wucht auftragt, das ganze Elend der arbeitenden Klasse, ihr Kampf und ihre Niederlagen sind die Gegenstände, mit denen sie seit Jahrzehnten immer wieder das Gewissen der Welt zu wecken sucht. Sie ist ein erhabenes Vorbild der Treue zur revolutionären Idee und zugleich eine mächtige Verbündete für die Unterdrückten. Denn immer noch eher als das Weinen der Vorstadtstuben, dringt eine solche Stimme des Geistes in die Welt. Wie sehr auch verlogenes Bürgertum geneigt ist, bei diesen Blättern „ganz vom Inhalt abzusehen" und „rein das Künstlerische zu genießen": die Gewalt ihrer Anklage wird mit dazu dienen, seine Position zu erschüttern. Und der Proletarier muß dazu beitragen, indem er sie deutlich in Anspruch nimmt. Er findet in ihnen sein Leben gespiegelt, er sieht sich selbst darin: hungernd, verzweifelnd, zum Letzten entschlossen, sieht sein Schicksal und sieht — den Weg, den er für sich und für die Welt zu gehen verpflichtet ist. Heiter im bürgerlichen Sinne ist diese Kunst von Tod und Elend nicht, aber erhebend ist sie: denn eine Sache, für die solche Menschen wie Käthe Kollwitz kämpfen, kann nicht zu Grunde gehen.

*

Ab Montag, den 4. August, geöffnet von 3 bis 7 Uhr. Arbeitslose haben freien Eintritt gegen Vorzeigen des Ausweises.

Konzert des Arbeiter-Sängerchors unter Mitwirkung des Ersten Hallischen Mandolinenorchesters

Wenn man ein Konzert vom Arbeiter-Sängerchor besucht, so verspricht man sich einige genußreiche Stunden. Der Arbeiter-Sängerchor hatte gesanglich ein gutes Programm aufgestellt, welches aber durch die Mitwirkung des I. Hall. Mandolinenorchesters nicht recht zur Geltung kam. Der Gegensatz zwischen beiden. Das Mandolinenorchester in seinen Leistungen technisch unvollkommen. Z. B. der Strauß-Walzer kam nicht über das gewöhnliche Tanzmusikniveau heraus. Die Spieler mögen sich bemüht haben, etwas Gutes zu leisten, dann muß aber das Harmonieverhältnis zwischen Dirigent und Spieler besser klappen. Wollte man Empfindsamkeit auslösen? Klassenkampfgeist brauchen wir! Der Arbeiter-Sängerchor hatte sein Programm ganz gut abgewickelt, bis auf einzelne Kleinigkeiten. „Die Helden-Heimfahrt" wies einige Mängel auf. Wohingegen „Die neue Welt" ausgezeichnet zum Vortrag kam. „Verlassen" wurde mit Gefühl vorgetragen, dasselbe war technisch einwandfrei. Aber der Konzertbesucher ist einen anderen Sturm gewöhnt. Der Besuch war recht gut. Leider wird das Publikum weniger von Kunstgenüssen gezogen, als vom „Brillant-Feuerwerk".

P. H.

Heft 15 der „Internationale"

Die Nr. 15 der „Internationale" ist soeben erschienen. Sie enthält einen Artikel von Ruth Fischer: „Zum 5. Weltkongreß." Ferner enthält die Nummer Beiträge zum Problem des imperialistischen Krieges. Der in deutscher Sprache noch unveröffentlichte wichtige Aufsatz von Lenin: „Der Chinafeldzug" enthält die erste Formulierung der leninistischen Theorie des imperialistischen Krieges. S. Erkner prüft in einem ausführlichen Aufsatz: „Der nächste große Krieg und die Rüstungen" die Bedeutung der modernen Kriegstechnik für den kommenden Krieg. In einem „Unser Verhalten gegenüber imperialistischen Kriegen" betitelten Aufsatz erörtert Georg die internationalen organisatorischen Aufgaben der Partei auf diesem Gebiete. Ferner enthält die Nummer einen Diskussionsartikel von A. M.: „Zur Frage der Einheit der Gewerkschaftsbewegung."

Die Beilage: „Der Parteiarbeiter" enthält ebenfalls Beiträge über die Rolle der Betriebe in dem Kampfe gegen den imperialistischen Krieg. „Die Spartakusorganisation während des Krieges", organisatorische Mitteilungen u. a.

Die „Internationale" ist durch alle Buchhandlungen, im Postabonnement sowie auch unmittelbar durch den Verlag zu beziehen. Preis jeden Heftes 30 Pfennige.

Zehn Jahre Sozialdemokratie

In den letzten Monaten ist in vielen Orten ein außerordentlich wirksamer Lichtbildervortrag „Zehn Jahre Sozialdemokratie zeigt worden. Der Verlag Karl Hagen-Hamburg, hat jetzt die Bilder in einer 79 Seiten starken Broschüre zusammengestellt. Der Umschlag ist mit den Bildern der sozialdemokratischen Arbeiterverräter „geschmückt". Die Bilder zeigen photographische Wiedergaben der Versprechungen und des wirklichen Verhaltens der SPD. in und nach der Kriegszeit.

Die Broschüre ist für 40 Pfennige durch unsere Buchhandlungen zu beziehen. Sie ist nicht zu verwechseln mit der ebenso wertvollen Broschüre gleichen Titels im „Viva-Verlag", die in der Hauptsache Text mit einigen Bildbeigaben enthält, 117 Seiten umfaßt und zum Preise von 80 Pfennig durch unsere Buchhandlungen zu beziehen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240805-19/fragment/page=0005

wohl in keinem Polizeibericht bisher gestanden. Und selbst wenn der Betreffende nicht arbeitslos ist und direkte schlimmste Not leidet: die Arbeiter sind so entkräftet und so wenig widerstandsfähig durch die dauernde niedrigste Lebenshaltung, daß sie bald in den Betrieben umfallen werden.

Weg mit einem System, das Arbeiter mordet!

Nochmals zum Arbeitsnachweis der Metallindustrie

Im „Klassenkampf" war am 30. Juli eine Notiz erschienen, nach der bestimmte Mißstände auf dem Arbeitsnachweis der Metallindustrie herrschen sollten. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die angegebenen Tatsachen nicht voll der Wahrheit entsprechen.

* **Unfälle und Zusammenstöße.** Am 2. August, vormittags, brach an einem beladenen Kohlenwagen Ecke Leipziger Straße — Markt die Hinterachse. Der Kohlenwagen kam auf die Geleise der Straßenbahn zu liegen, so daß die Feuerwehr zur Beseitigung des Verkehrshindernisses herbeigerufen werden mußte. Es war eine Verkehrsstörung von etwa 45 Minuten entstanden. — Am 2. August, nachmittags, wurde in der Gr. Steinstraße ein Lokomotivführer von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Der Ueberfahrene trug erhebliche Verletzungen am Kopfe davon, so daß er zu einem Arzt gebracht werden mußte. Dem Kraftwagenführer ist eine Schuld an dem Unfall nicht beizumessen. — Am gleichen Nachmittag stießen Ecke Preßlersberg — Bernhardstraße ein Kleinkraftradfahrer und eine Radfahrerin mit ihren Fahrzeugen zusammen, wobei beide Räder beschädigt wurden. Die Radfahrerin wurde leicht verletzt. Die Schuldfrage wird noch geklärt.

* **Der Magistrat** teilt mit: Durch Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 3. Juli 1924 sind Bekanntmachungen über gefundene Gegenstände gegen Entgelt aus Ersparnisgründen in den Zeitungen nicht mehr zu veröffentlichen. Ein Auszug aus dem Fundverzeichnis, der sechs Wochen lang an dem Fundbureau, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 90, angeschlagen ist, wird als ausreichend erachtet.

* **Die anatomische und entwicklungsgeschichtliche Sammlung der Anatomie,** Große Steinstr. 52, ist am Sonntag, dem 3. August 1924, vormittags von 10 bis 1 Uhr, dem allgemeinen Besuch geöffnet. Um 10 Uhr findet eine Führung mit Vorweisung besonderer Präparate statt.

* **Die physikalisch-medizinische Akademie** der Wissenschaften in Florenz hat in ihrer Sitzung vom 15. Mai 1924 den Geheimrat Professor Dr. med. et phil. h. c. Wilhelm Roux zum korrespondierenden Mitglied ernannt. Es ist dies die 38. gelehrte Gesellschaft, die den Altmeister der Entwicklungsmechanik in ihre Reihen aufnimmt.

* **I. Hallisches Mandolinen-Orchester.** Heute, Dienstag, bei schlechtem Wetter Donnerstag, den 7. August, veranstaltet das I. Hallische Mandolinen-Orchester (e. V.) ein Werbekonzert auf der Saale. Abfahrt 8¾ Uhr von der Peißnitzbrücke.

* **Thaliatheater.** „Die vertagte Nacht". Die Erstaufführung dieses Schwankes findet täglich im Thaliatheater statt, abends 8.10 Uhr. In den Hauptrollen sind beschäftigt Dir. Willi Schur, Richard Gener, Wilhelm Matzentka, Richard Erlecke, Mimi Kahlenberg, Lucie Else, Erna Walter. Vorverkauf im Thaliatheater von 10 bis 1½ Uhr und ab 6 Uhr.

* **Modernes Theater.** Im Eröffnungsprogramm kommen sehr viele Darbietungen vor das Publikum. So z. B. das Tänzerpaar Geschwister Felden, ebenso der Rollschuhkünstler William Baumgarten, die Humoristen Paul Beckers und Fritz Thurm. Der Ansager ist Fredy Rene.

* **Gastspiel Zirkus Blumenfeld.** Um den vielen, die bereits im Zirkus waren und nochmals hin wollen, etwas Abwechslung zu bieten, sind für die letzten Gastspieltage diverse Neuerungen geschaffen. Rolando zeigt sich als lebendes Karussell, die ausgezeichneten drei Runkel-Rappos bringen eine Parodie auf Schillers „Räuber", neue Dressuren u. a. m. wird geboten werden. Da das Gastspiel bisher vom besten Erfolg begleitet war, dürften auch die letzten Tage volle Häuser bringen, so daß man gut tut, sich seine Karte im Vorverkauf zu holen.

Diemitz. Donnerstag, den 31. Juli, fand hier im Gesellschaftshaus die Gründungsversammlung eines Arbeiter-Turn- und Sportvereins statt. Zweiundvierzig Genossen traten sofort dem Verein bei. Wir rufen allen Arbeitern zu: Kommt zu uns, treibt in den Arbeitervereinen Sport und meidet die bürgerlichen Sport- und Klimbimvereine, welche die Stützen der Reaktion sind.

Seeben. Freie Theater- und Mandolinen-Vereinigung Halle bringt Sonnabend, den 9. August, im Gasthaus Glaser, Seeben, das Volksstück „Der Streikführer", in 4 Akten. Da 30 Prozent für die Opfer der Weißen Justiz abgeliefert werden, ist es proletarische Pflicht der klassenbewußten Arbeiterschaft von Sennewitz, Teicha, Gutenberg und Seeben, das Parteilokal und diese Veranstaltung zu unterstützen. Programme im Vorverkauf erhältlich bei Glaser und im Konsum.

Aus der Provinz

An alle Kreisleitungen des Bezirks!

Werte Genossen!

Am **Donnerstag, dem 7. August, abends 6 Uhr,** findet in Halle in der Produktiv-Genossenschaft — Sitzungszimmer des **Bezirksleitung — eine Sitzung sämtlicher politischen Leiter der Kreise** statt.

Alle Kreisleiter müssen erscheinen. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen werden. Die Sitzung beginnt Punkt 6 Uhr, ohne Rücksicht darauf, wer von den Kreisleitern anwesend ist.

Mit kommunistischem Gruß

Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Merseburg-Querfurt

Lützen. Aus dem Stadtparlament. Die am Mittwoch, dem 30. Juli stattgefundene Sitzung unserer Stadtväter beriet über den Haushaltvoranschlag für 1924. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 200 000 Goldmark ab. Der Plan der bürgerlichen Mehrheit, den Etat sang- und klanglos zu verabschieden, ging natürlich nicht in Erfüllung. Durch unseren Fraktionsredner, Genossen Winkler, wurde in längeren Ausführungen der künstlich balancierte Etat einer scharfen Kritik unterzogen und unsere Anträge zu den einzelnen Ausgabeposten begründet. Denn ein Kriegsbeschädigter kann sich nicht mit 65 Mark Jahresrente, oder ein Arbeiterinvalide mit einer monatlichen Rente von 13 Mark ernähren. Da jedoch der Staat Riesenausgaben hat, indem er

Ludendorff 24 000 Mark Jahrespension zahlt und für Rennzwecke 23 Millionen auswirft,

kann natürlich für Wohlfahrtszwecke nicht viel übrig bleiben. Hier ist es Aufgabe der Gemeinden, helfend einzugreifen, um das Los dieser bedauernswerten Leute zu erleichtern.

Es ist einfach unmöglich, mit 500 **Mark eine wirksame Typhusbekämpfung durchzuführen.** Unsere Fraktion stellte deshalb den **Antrag,** 5000 Mark hierfür einzusetzen. Ferner ist gar nicht daran zu denken, die 15 Insassen im Dr. Voigt-Stift mit dem Betrag von 3700 Mark ernähren und kleiden zu können, wo schon der Bürgermeister allein über 5400 Mark Gehalt bekommt. Aus all diesen Gründen war unsere Fraktion gezwungen, zu den einzelnen Titeln Anträge zu stellen, die natürlich von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurden. Sie hätten sonst nämlich mehr Steuern aufbringen müssen, und Steuern zahlen ist ja bekanntlich die schwache Seite unserer Bourgeoisie, das überlassen sie lieber den Lohn- und Gehaltsempfängern. Früher war es natürlich noch leichter, sich ums Steuerzahlen zu drücken, denn wenn unsere früheren Stadtväter es fertig brachten, in einem Jahre 45 000 nur Sparkassenüberschüsse zu Steuerzwecken zu verpulvern, geht das jetzt nicht mehr, weil die Kasse jetzt überhaupt keinen Ueberschuß abwirft.

All diese Ausführungen waren natürlich der bürgerlichen Mehrheit recht unangenehm, sie wollten nicht, daß man sie an ihre Pflichten erinnert und ihre Wahlversprechen als Lug und Trug kennzeichnet. Die Herrschaften glaubten, den Etat recht schmerzlos zu verabschieden, was ihnen durch unser Auftreten verhalten wurde. Wir wollen hoffen, daß nun manchem Arbeiter, der am letzten Wahltage den bürgerlichen Parteien seine Stimme gegeben hat, die Augen aufgehen werden. Der Etat wurde dann mit acht gegen 7 Stimmen angenommen. Es stimmten dagegen die KPD. mit 5 Stimmen und die zwei Mann von der SPD. An Steuerzuschlägen sollen erhoben werden: 200 Prozent Zuschläge zur staatlichen Grundvermögensteuer von bebauten und von unbebauten Besitz und zu den Steuergrundbeträgen. Der Gewerbesteuer 2. Gemäß § 43 der Vorverordnung über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer vom 23. November 1923 wird an Zweigstellen- und Schankgewerbesteuer ein besonderer Zuschlag von 40 Prozent zu den Steuergrundbeträgen der Gewerbesteuer erhoben. Vom Gen. Albrecht wurde beantragt, die bebauten Grundstücke mit 150 Prozent und die unbebauten mit 250 Prozent zu versteuern, da bekanntlich bei den Mieten nur 100 Prozent mit eingerechnet sind, was mehr erhoben wird, wird auf die Mieter umgelegt. Vom Genossen Winkler wurde vor allen Dingen verlangt, die geplante Sonderbesteuerung der sogenannten Zweigstellen fallen zu lassen, da auch der Konsumverein darunter falle, in denen fast nur kleine Leute organisiert sind. Die bürgerliche Mehrheit lehnte natürlich unsere Anträge ab.

Hierauf wurde beschlossen, für den Besuch der Volksschule durch Kinder, deren Eltern nicht in Lützen ansässig sind, ein Fremdenschulgeld von 36 Mark zu erheben.

Den Verkauf von 14 Baustellen an die hiesige Baugenossenschaft von je ½ Morgen und je 1 Baustelle an den Maurer Helfer und Zimmermann Kerting zum Preise von 50 Pf. pro Quadratmeter, wurde zugestimmt.

Die Anschaffung von Fahnen in den schwarzrotgoldenen Farben fiel unter den Tisch, da der Antrag nur von den zwei SPD.-Stimmen unterstützt wurde. Unser Stadtoberhaupt ist bei dieser Gelegenheit von seinen Getreuen recht im Stich gelassen worden, er glaubte bestimmt, daß die bürgerliche Mehrheit für ihn durchs Feuer gehen würde. Hoffentlich erholt sich unser Oberhaupt recht bald wieder von diesem Reinfall. Hierauf geheime Sitzung.

In der geheimen Sitzung wurde auf Grund der famosen Abbauverordnung der bisherige Sparkassenrendant, obwohl er noch in den besten Jahren ist, abgebaut. Der Stadt kostet dieser Spaß noch jährlich 300 Mark, da der Rendant noch nicht die volle Pension beziehen kann. Unsere Fraktion stimmte gegen diesen Abbau.

Ferner wurde von unserer Seite an den Bürgermeister die Anfrage gestellt, ob die Schlägerei auf dem hiesigen Marktplatz, welche vor einigen Wochen stattgefunden hat, ein gerichtliches Nachspiel haben wird. Bekanntlich wurde bei dieser Schlägerei von der Polizei mit dem Säbel dazwischengehauen. Wie uns weiter mitgeteilt worden ist, sollen einige Faszisten, unter ihnen sogar eine Amtsperson, den betreffenden Beamten angegriffen haben. Die Arbeiterschaft bezweifelt nun, daß diese Angelegenheit auf „kaltem Wege" erledigt wird. Das werden wir nicht dulden. Wenn es Arbeiter gewesen wären, würden sie heute wohl schon im Untersuchungsgefängnis sitzen. Der Polizeichef gab die Erklärung ab, daß diese Angelegenheit ihren „geregelten Gang" gehe. Sollten die Ermittlungen der vorgesetzten Behörde so merkwürdig schwer fallen, sind wir gern bereit, etwas nachzuhelfen.

Porbitz-Dürrenberg. Auch ein Ortsoberhaupt. Nachstehendes Schreiben läßt einen Einblick in die Geistesverfassung des früheren Genossen und jetzigen „Parteilosen" zu. In voller Schönheit bringen wir das von grammatikalischen Fehlern nur so strotzende Schreiben unseres Ortsgewaltigen zum Abdruck.

Porbitz, 1. August 1924.

Herrn Gem. Vertreter S. Hier.

Auf Ihr Schreiben, das Herrn Kommunistenführer Schmöller geschrieben hat, ist lächerlich. Das Sie sowie der Schmöller keine Ahnung haben von einer Listenverbindung, habe nun schriftlich in Händen. Am 20. Juli hat keine Partei zu wählen gehabt, sondern die Herren Gem. Vertreter. Sie können ja da selber, (nähmlich den Wahlprotest, d. V.) An Herrn Landrat senden. Als Wahlvorsteher lehne dieses ab, weil keine Listenverbindung vorgekommen ist, und bei der Wahl von keinen Gemeindevertreter was vorgebracht worden ist. Teile Ihnen mit das der Herr Schmöller in Porbitzer-Angelegenheiten nichts zu melden hat. Dieser Herr ist ja auch in Keuschberg erledigt, und für mich eine Null.

Dießner Gemeindevorsteher.

Es ist kaum zu glauben und doch fungieren so unfähige Menschen in einer Arbeitergemeinde als Ortsoberhaupt. Den Drahtziehern der „Unpolitischen Liste" bei der Wahl am 4. Mai muß doch beim Lesen dieses Kauderwelsches die Schamröte ins Gesicht steigen, denn mit Hilfe der politischen Organisation, damals USP., schwang sich Dießner in den Sattel. Fest steht, daß damals weitblickende Genossen vor Dießner gewarnt haben. Alle die Vorträdiklen vom Schlage Kaisers haben sich feige seit den Märztagen 1921 zurückgezogen, besitzen aber noch immer die Dreistigkeit, auf den Indifferentismus der Arbeiterwähler bauend, im öffentlichen Leben eine Rolle spielen zu wollen. Es ist ganz klar, daß solche Zustände in den Reihen der schwankenden Proleten Verwirrung und dadurch schwere Nachteile für die werktätige Bevölkerung hervorrufen. Aber die Welle des nationalen Rummels wird abebben. Die harte Schule, welche jetzt Millionen deutscher Volksgenossen durchlaufen müssen, wird sie sehend machen und wir wären schlechte Marxisten und Klassenkämpfer, wenn wir wegen solcher trüben Begleiterscheinungen uns entmutigen ließen.

Große Kundgebung des Zeitzer Proletariats

Sozialdemokraten gegen rote Fahnen — Bestialisches Wüten der Polizei — Der schmutzige „Volksbote"

Die „Nie wieder Krieg"-Kundgebung nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Die Versammlung in der „Reichshalle" war sehr gut besucht, so daß wir mit dem Erfolg zufrieden sein können. Eröffnet wurde die gelungene Veranstaltung mit dem Gesang der „Internationale", dann wurden einige Rezitationen von der Jugend vorgetragen. Der Redner Genosse Seitz-Weißenfels, fesselte in 1½stündigen Ausführungen die Anwesenden, die ihn durch vielfache Beifallskundgebungen unterbrachen. Mit dem Liede: „Brüder zur Sonne zur Freiheit", schloß die imposante Kundgebung. Nach Schluß der Versammlung bewegten sich die Massen auf der Straße. Drei rote Fahnen, welche zum Schmuck der Bühne gedient hatten, wurden von der KJ. zusammengerollt mitgeführt. Die in der Nähe des Lokals aufgestellten Polizeiposten hatten keinen Anlaß einzuschreiten. Die Demonstranten bewegten sich durch die Straßen der Stadt. Schupo und blaue Polizei begleiteten den Zug, ohne Gelegenheit zur Provokation zu haben. Aber einige Zeitzer Spießer, welche über ihren mißglückten Denkmalsrummel heute noch verärgert sind, konnten es nicht sehen, daß Arbeiter auf der Straße demonstrierten.

Auch auf einen mit schwarzrotgoldenem Bändchen geschmückten Sozialdemokraten wirkte das rote Tuch wie auf einen Stier; er machte die Schupo aufmerksam, daß sie die Fahnen wegnehmen solle.

Der linke Faszistenflügel Hauptmann Alfred Lehmann, ritt auf dem Stahlroß durch den Proletarierzug. Dieser kleine Gernegroß wollte offenbar den Schupobeamten zeigen: erstens, daß dieser Zug ein Verkehrshindernis bedeute und zweitens, ob die Schupo nicht Lehmanns Noske-Garde zur Niederknüppelung der Arbeiter brauche. Zweifellos wollte Lehmann auch seinen neuen Cowboy-Anzug, den ihm der Onkel aus Amerika geschickt hat, zur Geltung bringen. (Böse Zungen behaupten, der Anzug wäre aus dem Kartoffelüberschuß gekauft.)

Das schönste Stück leistete sich das deutsch-völkisch-demokratische Schulmeisterlein Wichtig (Wittig.) Er forderte die Schupobeamten auf, mit dem Kolben dazwischen zu schlagen. (Ein schöner Pädagoge. D. Red.)

Die so aufgehetzte, nach der Schreibweise des „Volksboten" vom 21. Juli 1924 auch nach rechts „korrekt" vorgehende Polizei, wurde nun gegen das rote Tuch wild. Das Ueberfall-Kommando wurde alarmiert und

wie die Wilden fielen sie über die jugendlichen Fahnenträger her und unter Fußtritten und Faustschlägen wurden ihnen die Fahnen entrissen.

Den stehenbleibenden Passanten wurde mit gezogenen Säbeln der Nase herumgefuchtelt. Einem Radfahrer wurde das Radentrissen und auf das Auto geworfen, so daß es schwer beschädigt wurde. Wer stehenblieb, wurde unter Fußtritten weiter getrieben. Ein Kriegsbeschädigter wurde, weil er nicht schnell genug laufen konnte, gestoßen und geschlagen. Selbst aus dem Fenster schauende Personen wurden mit Verhaftung bedroht. Als das Auto mit den von der Republikanischen Schupo grundlos Verhafteten gefüllt war, gings unter rasendem Tempo zur Wache. Die beschlagnahmten Fahnen mußten wieder freigegeben werden.

Die Stinnesrepublik war wieder gerettet, der ängstliche Spießer konnte wieder aufatmen.

Beim Denkmalsrummel war es anders. Da schritt kein einziger Polizist ein. Da durften trotz des Verbotes entrollte Faszistenfahnen getragen und gezogene Degen geschultert werden. Da operierten Schupo, Blaupo und Sipo nicht mit Fußtritten und Faustschlägen, sondern schlugen die Hacken zusammen und salutierten. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß unsere Polizei faszistisch verseucht ist, so ist er durch die Vorgänge am Sonntag erbracht.

Und was sagt der „Volksbote" zu den ungeheuerlichen Vorgängen?

Er bringt eine Notiz von — immerhin — ganzen sieben Zeilen, in denen es heißt:

„... Die Schupo zerstreute die Menge. Wie wir erfahren, sollen sechs Jugendliche verhaftet und die Fahne beschlagnahmt worden sein."

Das ist alles. Der „Volksbote" belügt seine Leser und verschweigt ihnen die Heldentaten der Polizei, mit der er eng liiert ist. Dieses sozialdemokratische Presseretptil, das seinen Haarmann-Noske deckt, das der Reaktion in ihrer wütenden Hetze gegen die Kommunisten jeden Tag durch spaltenlange Artikel zu Hilfe kommt, will glauben machen, daß es nichts Genaues über die Vorgänge am Sonntag weiß.

Sie wissen in Wirklichkeit sehr genau Bescheid, die Herren Bonzen der Sozialdemokratie. Sie genieren sich nur, ihren Lesern allzu deutlich das Wirken des für die Polizei verantwortlichen Sozialdemokraten Löffler zu schildern. Sonst würde ihnen auch der letzte Prolet davonlaufen. So sieht ihre auf derselben Seite empfohlene „innere Andacht" und „sittliche Weihe" aus! **Die geistige Korruption des „Volksboten", dieses ehemals so revolutionären Blattes, ist nicht mehr zu überbieten. Jede Schandtat der Reaktion, jeden Immunitätsbruch gegenüber kommunistischer Abgeordneter, jede Verhaftung und Einkerkerung unserer Genossen billigt er und veranlaßt sie durch seine antikommunistischen Pamphlete. Das Zeitzer Proletariat wird ihm die Antwort nicht schuldig bleiben.**

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Das schwarzrotgoldene Gorillamädchen des Zeitzer „Volksboten"

Hereinspaziert, meine Herrschaften! Hier ist zu sehen: die Riesendame, die dicke Berta, die schwarzrotgoldene Fahne der Republik! Im Zeitzer „Volksboten", einem Hetzblättchen, allerdings nur gegen die Kommunisten, hat sich ein Zirkus aufgetan, der in lieblichem Gemisch über die Fahnen der Republik, Riesendamen und Gorillamädchen berichtet. Wir wollen diesen sehenswerten phänomenalen Bestandteilen der Barnum- und Bailey-Schau nicht zunahetreten. Sie trifft keine Schuld, daß der Zeitzer „Volksbote" seinen Aufruf zum Verfassungstag mit dem Reklamegeschrei eines Schaubudenanreißers aufmacht.

Er schreibt: „Die Wehrmannschaft der Republik gegen reaktionäre Verschwörungspläne sammelt sich. Aber dies ist alles, genügt das? Nein!" Ueber den Schrebergärten, über den Staatsgebäuden soll ein Farbenmeer von Schwarzrotgold wogen.

In Zeitz scheinen die Fahnen schwarzrotgold allerdings noch nicht eingebürgert zu sein. Denn es wird auch gleich das Rezept gegeben, wie man sich „für ein paar Groschen" schwarzes, rotes und goldgelbes Fahnentuch beschaffen und es zusammennähen soll. „Und dann stolz heraus damit, zeigt die Farben überall. Ersticht damit die schwarzweißroten und die paar Hakenkreuzfahnen. Demonstriert auf diese Weise Eure Gefühle für die Republik." Die Führer von Schwarz-Rot-Gold, die Herren Hörsing und alle die andern auf dem Abbau-Etat stehenden Scheidemännchen, demonstrieren ihre Gefühle für die Republik gewöhnlich in Arbeitermorden. Und die schwarzweißroten Fahnen sollen ersticht werden durch die Zusammengenähten Reichsbannerwimpel? Hat man schon einmal erlebt, daß irgend jemandem eine schwarzweißrote Fahne von der republikanischen Schupo weggenommen worden wäre? Weggenommen wurden bisher immer nur, und vorgestern wieder, nur die roten Fahnen. Die sollen in Wahrheit ersticht werden und der Geist, der ihr Tragen bekundet.

Zum 11. August schlägt der Zeitzer „Volksbote" noch vor, den Verächtern der Republik zu zeigen, daß die Masse des Volkes nicht mehr mit sich spaßen läßt. Bisher hat man auch nicht mit ihr gespaßt. Die Treuen der Republik haben in blutigstem Ernst Hunderte von Proleten niederknallen lassen, und Tausende in die Zuchthäuser geworfen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold braucht sich nur so weiter zu entwickeln; die Masse des Volkes, nämlich die klassenbewußte Arbeiterschaft, hat nur ein mitleidiges Lächeln für die pflaumenweich aufeinander abgestimmten Farben. Sie wird die rote Fahne entfalten und auch der Zeitzer Wetterwinkel der SPD. wird dieser für den „Volksboten" so traurigen Tatsache nicht entgehen können.

In derselben Nummer des „Volksboten" hat man in einem Artikel Jaurès und Walter Rathenau auf eine Stufe gestellt. Das sieht der SPD. vollkommen ähnlich. Sie würde auch getrauert haben, wenn Herr Massenschlächter Seeckt damals aus nationalistischen Konkurrenzgründen von Thormann und Grandel umgelegt worden wäre. Nach dem Rathenaumord erschienen an allen Säulen große Plakate: Republik, die Flammenzeichen rauchen!, worauf Skeptiker antworteten: Balde rauchst auch Du. Auch das ist vorüber. Längst ist sie vor der Monarchistenherrlichkeit des Jaurès und Hurenprinzen in Schutt und Staub zerfallen und bestraft nur noch in der Einbildung des „Volksboten" und seiner mitverschworenen betrogenen Betrüger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240805-19/fragment/page=0006

Kretzschauer Kommunisten-Wahlerfolg

Bei der Gemeindevertreterwahl am Sonntag erhielten die Liste der Kommunisten 18[illegible] Stimmen (2 Sitze), Sozialdemokraten 152 Stimmen (2 Sitze), die Bürgerlichen 212 Stimmen (3 Sitze) und die Kriegsbeschädigten 67 Stimmen (1 Sitz). Dieses Wahlresultat zeigt, daß trotz der Hetze, die seitens der Sozialdemokraten und Bürgerlichen gegen die Kommunisten veranstaltet wurde, diese ihren Bestand voll und ganz gehalten haben. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen um fast zehn Prozent geringer als am 4. Mai. Während die Bürgerlichen und Sozialdemokraten Verluste erlitten, hat die Komunistische Partei diesen Erfolg errungen. Ihre gewählten Vertreter werden dafür sorgen, daß das von dem Kretzschauer Proletariat in sie gesetzte Vertrauen nicht zuschanden wird.

Weißenfels. Regelung der gesetzlichen Miete für den Monat August 1924. Auf Grund der Verordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 11. Juli 1924 betr. Berechnung der gesetzlichen Miete gilt auch für den Monat August 1924 die Magistratsverordnung vom 30. Juni 1924 (Regelung der gesetzlichen Miete für die Zeit vom 1. Juli 1924 an). Für den Monat August sind also 58 v. H. der Friedensmiete zu berechnen, wobei die Hauszinssteuer und die Grundvermögenssteuer mit einbegriffen ist.

Burgwerben. Eine Horde Stahlhelmer mißhandelte in bestialischer Weise Freitag nacht einen Arbeiter. Nachts um 12 Uhr, wenn andere Leute der Ruhe pflegen, kam ein Trupp Turner singend durch das Dorf. Zwei Arbeiter geboten ihnen Ruhe, da doch andere Leute schlafen wollten. Der Nachtwächter sah sich nicht veranlaßt, einzugreifen oder Ruhe zu bieten, weil es „Teutsche" waren. Anders handelt er aber, wenn er Arbeiter vor sich hat. Unter diesem Trupp Turner war der Stahlhelmer Knauth, ein Arbeitsloser, der sich dadurch gekränkt fühlte, daß die Arbeiter Ruhe boten. Es kam deswegen zu einem kurzen Wortwechsel, der zu einer Schubberei führte. Sonst ist niemand etwas zu Leide getan worden. Die beiden Arbeiter setzten sich an dem Rittergut hin und sprachen noch zusammen. Kaum war eine kurze Zeit seit dem Vorfall vergangen, so kamen 10 Mann Stahlhelmer in Strümpfen angerannt, und nun ging es aber mit Heldenmut auf den einen Arbeiter los. **Er wurde geschlagen, bis er zusammenbrach, worauf die Mutigen ein Siegesgebrüll ausstießen.** Aber der Prolete konnte noch nicht genug haben, deswegen fielen diese Unmenschen nochmals über den am Boden liegenden Arbeiter her und mißhandelten ihn noch schlimmer. So sieht der Heldenmut dieser Edeldeutschen aus. Einzeln sich verkriechen und in Uebermacht frech wie Rotz. Unter den Prachtkerlen befand sich der Schmiedemeister Schmidt mit seinen beiden Söhnen, zwei Söhne des Landwirts Otto Deubel, Otto, ein Arbeiter, der jetzt arbeitslos ist und dessen Vater auf dem Rittergut als Aufseher fungiert, Knauth, ebenfalls arbeitsloser Prolet. Die andern Namen werden wir bei Gelegenheit noch veröffentlichen. Der Ortsvorsteher hat dem Treiben dieser Helden zugesehen; wir hoffen, daß von seiner Seite die notwendigen Schritte getan werden, um ihnen endlich das Handwerk zu legen.

Dronßig. „Die kommunistischen Spaltpilze an der Arbeit." Am Freitagabend hat unsere hiesige Ortsgruppe der Kommunistischen Partei eine sehr gut besuchte Kundgebung aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Weltkriegsausbruches veranstaltet. Der vom besten proletarischen Klassenkampfgeist beseelten Versammlung hatte sich auch der Arbeiter-Gesangverein Dronßig zur Verfügung gestellt und brachte eine Reihe Gesänge zum Vortrag. Das wurmt den „Volksboten". Ihm ist es „unverständlich, wie der Gesangverein sich dazu hergeben kann, so eine Veranstaltung, die sich doch zum größten Teil gegen das Proletariat richtet, verschönen zu helfen". Wenn die „Volksboten"-Redaktion sich zum Proletariat rechnet, dann war allerdings die Kundgebung unserer Dronßiger Genossen gegen diesen Teil des Proletariats gerichtet. Aber die Journalisten des „Volksboten" sind nichts weniger als Proleten, **sie sind die widerlichsten Zuhälter der Deutschland beherrschenden Kapitalisten.** Daß der Dronßiger Arbeitergesangverein sich an einer Kundgebung beteiligt, die gegen die Veranstalter imperialistischer Blutgemetzel und gegen ihre sozialdemokratischen Helfershelfer gerichtet ist, gereicht ihm nur zur Ehre. Daran wird auch die blödeste Schimpferei des „Volksboten" nichts ändern.

Zeitz. Wozu ist die „Schutz"-Polizei da? Wir hatten immer bisher angenommen, daß der Sozialdemokrat, Oberbürgermeister Löffler seinerzeit die Schupo deshalb nach Zeitz holte, um das Leben und Eigentum der Zeitzer Einwohner zu schützen. Am letzten Freitagabend wurden wir aber eines anderen belehrt. Einige Arbeiter, welche auf dem Nachhauseweg begriffen waren, bemerkten an der Ecke Schützen- und August-Bebel-Straße, daß sich einige Personen an der dort angebrachten Plakatsäule zu schaffen machten. Um nun zu sehen, was hier getrieben wurde, sahen sich die Arbeiter die Sache in der Nähe an. Hier mußten sie die Wahrnehmung machen, daß die **von der Polizeibehörde genehmigten** und abgestempelten Plakate der Kommunistischen Partei, welche zu der „Nie wieder Krieg"-Kundgebung aufforderten, **abgerissen** wurden. Diese „Helden", welche zum Zeichen ihrer Dummheit Stahlhelmabzeichen angesteckt hatten, wurden nun zur Rede gestellt und darauf aufmerksam gemacht, daß die Plakate abgestempelt seien und sie sich der Sachbeschädigung schuldig machten. Und siehe da, einer von ihnen **legitimierte sich als Schupobeamter,** zeigte seinen Ausweis vor und erklärte, er sei Polizeibeamter und wisse, was er mache, das andere gehe niemand etwas an. Also unter dem Schutz der Schupo können diese Stahlhelmrohlinge in der Nacht ihr gemeines Handwerk ausüben. Das sind wirklich recht erfreuliche Zustände.

Als nun einige Genossen, durch den Lärm aufmerksam geworden, hinzukamen, stellten sie diesen eigenartigen „Schützer" der öffentlichen Ordnung zur Rede und verlangten nochmals seinen Ausweis, um seinen Namen festzustellen. Aber unser Schupomann suchte mit seinen drei Gesellen feige das Weite. Ein gerade des Weges kommender Schupomann in Uniform forderte die Anwesenden auf, auseinander zu gehen, aber hier kam er bei den Faszisten schön an. Ein Stahlhelmbruder schrie den Polizisten an:

„Sie haben wohl lange keine in die Fresse bekommen. Sie können, sobald wie sie mich anfassen, sofort ein paar in die Schnauze kriegen!"

Unsere Genossen glaubten, daß nun Schreckliches folgen werde; Gummiknüppel, Revolver und Seitengewehr würden, wie man das Arbeitern gegenüber gewohnt ist, in Aktion treten, aber siehe da, unserm Schupomann blieb die Spucke weg, er war vom Stahlhelm geblendet und ging seiner Wege. „Sonderbar", sagten die Vorübergehenden, „was nur die Kommunisten wollen, eine bessere Schutzpolizei können wir uns doch gar nicht wünschen." Diese Rücksicht der Beamten, wenn es sich um Faszisten handelt, ist doch gar nicht mit Geld zu bezahlen. — ... Und die Herren Löffler, Bergholz samt seiner „Volksboten"-Journaille schmunzeln. Eine bessere Polizei gegen die Kommunisten gibts ja gar nicht. Und wenn jetzt noch „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" dazu kommt, dann ist die antibolschewistische „Heilige Allianz" auf dem Gipfelpunkt ihrer Schlagkraft, bis ..., ja bis die Arbeiter das ganze auf sie losgelassene Gesindel zu Paaren treiben werden.

Mansfeld-Sangerhausen

Das Mansfelder Proletariat demonstriert für den Roten Krieg!

Anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr des Beginns des unseligen Völkermordens, nahm die klassenbewußte Arbeiterschaft Mansfelds Stellung gegen den imperialistischen Krieg. Die von der KPD. einberufenen Versammlungen in Erdeborn, Alsleben, Helbra, Schraplau, Gerbstedt, Unterröblingen und Eisleben hatten durchweg einen **guten Besuch** aufzuweisen. Nach eingehender Darlegung der Geschehnisse kam der spontane Wille des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck, nicht nur gegen die neue **Kriegsgefahr** zu protestieren, sondern als entschlossene Schar mit allen Mitteln neue imperialistische Kriege unmöglich zu machen. Notwendig ist daher der organisatorische Zusammenschluß der Arbeiterschaft, denn nur mit Hilfe einer entschlossenen Kampfpartei wird die Plattform zum erfolgreichen Widerstand geschaffen. An Mansfelds Arbeiterschaft ergeht der Ruf, in ernster Stunde sich zusammenzuschließen in der einzigen revolutionären Organisation, der Kommunistischen Partei.

*

Am Sonntag, dem Tage der zehnjährigen Widerkehr des Krieges, zu einer Stunde, wo die Etappenkämpfer mit einem Klempnerladen beladen, der Kirche zustrebten, um ihren Gott für den ungeheuren Völkermord zu lobpreisen wo der dreifarbige Holzhelm, 50 Mann stark, in getreuer Nachahmung seiner nationalistischen Brüder, am Kriegerdenkmal unter Führung von Sozialdemokraten pazifistische Phrasen verzapften, versammelten sich im großen Saal des Eisleber „Volkshauses" die Frauen und Männer der arbeitenden Bevölkerung in großer Zahl, um den Worten des Genossen Lademann zu lauschen, der über das Thema: Krieg dem imperialistischen Kriege sprach. Die Anwesenden gaben durch ihren Beifall kund, daß sie den Weg des aktiven Kampfes zu gehen entschlossen sind. Der Ruf, die Kampfreihen zu formieren, verhallte nicht ungehört, die Arbeiterschaft hat ihre Klassenfeinde erkannt. Ihnen gilt der Krieg! Mit einem Hoch auf die Weltrevolution und mit dem wuchtigen Gesang der „Internationale" fand die eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.

Wittenberg-Schweinitz

Was geht bei der Landkrankenkasse vor?

Unerhörte Vergeudung von Proletengeldern für Direktoren

Die Landkrankenkasse des Kreises Wittenberg erwarb etwa im April/Mai d. J. das Hausgrundstück des ehemaligen Bahnbeamten, jetzigen Mühlenbesitzers „Stahlhelm"-Kamerad Miething in der Lutherstraße. Für das Grundstück sollen 20 000 Goldmark gezahlt werden. Das Haus ist etwa nur die Hälfte wert. Die Landkrankenkasse zahlte 5000 Goldmark an und will den Rest am 1. Oktober 1925 zahlen.

Bis zu diesem Zeitpunkt müssen aus den Landproleten 15 000 Mark gesogen werden.

Das Haus eignet sich nicht zur Unterbringung der Verwaltungsräume. Dazu ist es zu klein. Die Landkrankenkasse ist ja auch erst vor nicht allzulanger Zeit in das ehemalige Garnisonlazarett eingezogen und hat dort genügend Raum. Der Grund zum Ankauf des Miethingschen Wohnhauses ist nun der:

Für den Herrn „Verwaltungsdirektor" Hecker soll dort eine Wohnung beschafft werden. Hecker hat eine Wohnung in der Heubnerstraße. Ein Bedarf liegt nicht vor. Aber, wer kennt nicht den langen Geck, der stolz wie ein Spanier — um eines Hauptes länge größer als alles Volk — durch die Straßen Wittenbergs seine genau abgemessenen Schritte lenkt. Wer kennt nicht den blasierten langen Hecker, der wie auf Eiern geht, wie ein Pfau den Kopf trägt, Herrn „Verwaltungsdirektor" Hecker, Schriftwart des feudalen Ruderklubs und Nationalsozialisten? Wer ihn kennt, wird es begreiflich finden, daß dem Herrn Verwaltungsdirektor" zuliebe ein Haus für den enorm hohen Betrag von 20 000 Goldmark gekauft wird. Der Vorstand der Landkrankenkasse ist der Rittergutsbesitzer **Gutknecht-Wachsdorf,** ebenfalls **Hitler-Bursche** und **Mitglied des feudalen Ruderklubs.** Die Wünsche des Herrn „Verwaltungsdirektors" fanden willige Ohren und sofortige Erfüllung. In dem Miethingschen Hause wohnt auch der Postinspektor Reinecke. **Um nun den „Verwaltungsdirektor"** in das Haus einziehen zu lassen, muß **Reinecke auf die Straße geworfen** werden. Die Landkrankenkasse, die ärmste der hiesigen Kassen, kauft

nicht etwa ein Erholungsheim für ausgemergelte Landproleten, sondern eine standesgemäße Wohnung

für den Herrn „Verwaltungsdirektor". Die hohe Beiträge zahlenden Landproleten können ja in ihren elenden Spelunken liegen bleiben. Das nennt man „soziale Fürsorge". Der Staat baut ab, Die Gemeinden haben schon abgebaut und die Landkrankenkasse wirft das Geld hinaus, um den Wünschen des hochtrabenden „Verwaltungsdirektors" Rechnung zu tragen. Wenn aber ein erkrankter Landarbeiter eine bessere Medizin verschrieben erhalten soll, so übt die Landkrankenkasse sofort einen Druck auf die Aerzte aus, ja nicht solch „teure" Arznei und Medikamente zu verschreiben. Wird ein Landarbeiter mal — was ja schon selten genug vorkommt — arbeitsunfähig geschrieben, so muß auf Veranlassung der Landkrankenkasse sofort die „vertrauensärztliche" Untersuchung vorgenommen werden. Es könnte ja sonst sein, daß der Prolet zuviel Krankengeld von der Kasse erhält. Dafür hat die Kasse doch nichts übrig, der Ansicht ihrer Leiter nach scheint sie nur deshalb da zu sein, um möglichst schnell die Kranken wieder gesund schreiben zu lassen, damit sie von den Agrariern wieder ausgebeutet und ausgemergelt werden können. Eine Liebe ist der anderen wert. Weshalb sollen nun die Agrarier vom Schlage eines Gutknecht nicht dem Herrn „Verwaltungsdirektor" einen Liebesdienst erweisen, noch dazu, wo die 20 000 Mark aus den Beiträgen der Proleten stammen und die Agrarier doch nur ein Drittel zahlen. **Der Beschwindelte ist der Landprolet mit zwei Drittel der Beiträge.** Was sagt Ihr Landarbeiter dazu? **Euch nehmen die Junker das Brot vom Munde weg, und die von Euren Löhnen noch abgezogenen Kassengelder werden für kapitalistische Direktoren verwandt. Duldet diese Zustände nicht länger!**

Sachsen und Thüringen

Heldritt. Ertrunken. Im hiesigen Schwimmbad wurde der in den fünfziger Jahren stehende Zimmermann Ernst Wolf tot aufgefunden. Es wird angenommen, daß er im erhitzten Zustande ein Bad nehmen wollte und dabei von einem Herzschlag betroffen wurde.

Aus der Jugendbewegung

Merseburg. Kindergruppe. Mittwoch, nachmittag 4 Uhr, Spielen auf dem Turnplatz „Jahn". — Jugend. Mittwoch, abends 8 Uhr, Jugendversammlung in der „Funkenburg".

Arbeiter-Sport

Fichte Halle. Die 2. Handballmannschaft spielt am 7. August, abends ½7 Uhr, auf eigenem Platze gegen die 1. Jugend. Das Spiel muß pünktlich beginnen. Nachdem spielt die 1. Mannschaft der Schwimmer gegen unsere 1. Mannschaft. Am Dienstag, dem 5. August, in der Baracke, Kinder- und Spielausschußsitzung. Fußballabteilung. Am Dienstag trifft sich alles auf dem Platze zur Platzarbeit, um bei Beginn der Serienspiele einen mustergültigen Platz zu haben.

5. Kreis, 4. Bezirk. Bezirksvorturnerstunde. Sonntag, den 10. August, vormittags 8½ Uhr, findet in Weißenfels, Turnhalle Oberrealschule, die planmäßige Bezirksvorturnerstunde statt. In Anbetracht des wichtigen Uebungsmaterials ist es notwendig, daß jeder Bezirksverein vertreten ist.

HFC. Minerva. Resultat vom Sonntag: 1. gegen Bezirksmannschaft Limbach 0 : 1; 2. gegen Trotha 2. 4 : 2; 3. gegen Dölau 3. 1 : 1; 1. Jugend gegen Zörbig Jugend 1 : 0; 2. Jugend gegen Viktoria 2. Jugend 0 : 0. Die Handballmannschaft schlug am Donnerstag Adler mit 3 : 0. **Mittwoch,** den 6. August, bei Stuner, Vorstandssitzung, zu welcher der Vergnügungsausschuß zu erscheinen hat zwecks Aussprache über das Vereinsmeeting und Kinderfest am Sonntag, dem 10. August. Sonnabend Versammlung bei Stuner, bis dahin müssen sämtliche Paßbilder abgegeben sein.

Fußballabteilung Fichte, Ammendorf, hatte für den 30. Juli die 1. Mannschaft von Rüstig-Vorwärts Bruckdorf verpflichtet. Bruckdorf zog jedoch vor, eine Stunde vor Spielanfang eine Absage anstatt der ersten Elf zu schicken. Ein solches unsportliches Benehmen kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Die 1. Jugend Ammendorf spielt kommenden Sonntag, 1 Uhr, auf dem Sandanger gegen Viktoria 1. Jugend.

Briefkasten

„The observer" bitten wir, zwecks Rücksprache wegen der Mitarbeit zur Redaktion zu kommen. Red. „Klassenkampf".

Nach Plessa. Es besteht keine Möglichkeit für Landarbeiter, nach Rußland einzuwandern, da Rußland die Einwanderung gesperrt hat. Wenn die Holzarbeiter ausgesprochene Spezialisten in ihrem Fache sind, so besteht wohl die Möglichkeit. Anfragen sind zu richten an die Russische Botschaft, Berlin, Unter den Linden.

Verschwörer und Revolutionäre

11] Von **Michael Kaniowski**

— Ueber Nietschajeff — sagte er — haben **wir uns alle** gewundert. Er hat hier alles an sich gerissen und herumgeworfen. Eine furchtbare Kraft ist in ihm und noch irgend etwas sonderbares. Jetzt ist's hier still! Aber laßt unseren Lenz kommen! Hier ist viel Samen ausgeworfen, der aufgehen wird beim ersten Hauch. In zwei, drei, vielleicht auch fünf Jahren wird kein Mensch mehr unser liebes Rußland erkennen ... Auch heute schon, wenn Du gut hinhorchst, kannst Du es wachsen hören.

Wir setzten uns zum Tee um den Tisch herum.

— Sie nehmen Abschied — sagte Bolschowski, auf das junge Paar weisend — und fahren nach Zürich.

— Naturwissenschaft? — fragte ich die Tarntina.

— Nein! — gab sie zurück — **Medizin möchte ich, aber ich weiß nicht, ob ich fertig werde. Vielleicht schaff ich nur ein wenig Hygiene und Geburtshilfe, dann komme ich gleich zurück.**

— Wollt Ihr auch nach Zürich? fragte ich Martynoff.

— Ich weiß noch nicht — antwortete er verlegen.

Ich erfuhr, daß die beiden fünf Tage nach der Hochzeit waren. Man brauchte einen Paß, und da die Eltern des Mädchens ihre Einwilligung nicht geben wollten, hatte Martynoff sich geopfert und sie geheiratet.

— **Und was wollt Ihr nach der Rückkehr machen? — fragte ich** das Mädchen.

— **Dann trete ich als Arbeiterin in eine Fabrik ein oder ich** lasse mich auf dem Lande nieder.

In gehobener Stimmung kehrte ich abends in mein Quartier heim. Unterwegs fragte ich Kasjanoff, was er mache. Er war in einer schlimmen Lage und gebunden an Händen und Füßen. Nach dem Tode seines Vaters war die Mutter verrückt geworden. In eine Anstalt wollte er sie nicht geben.

— Schlagen würde man sie — sagte er — ich kann den Gedanken nicht ertragen. So halte ich sie denn zu Hause, sie ist ruhig wie **ein Kind, aber ich habe meine Bewegungsfreiheit verloren. Abseits sitze ich so und sehe die anderen wie sie nacheinander untergehen. Wenn man mich verhaften sollte, müßte sie betteln gehen,** die Polizei würde sie aufgreifen ... Es ist ein dummes Dasein. Die Tarntina meint, ein anderer würde sich meiner Mutter annehmen. **Aber sie ist ja wie ein Kind, sie nimmt nichts in den Mund, wenn ich's ihr nicht gebe.**

Wir trennten uns.

Frühmorgens klopfte Bolschowski an meine Tür.

— Mit Mühe habe ich Ihre Adresse gefunden — sagte er. — Heute nacht hat man Kasjanoff verhaftet. Wir müssen uns um die Mutter kümmern. Sie sind reich, dachten wir, vielleicht könnten Sie helfen, wir haben nämlich selbst nichts.

Zum Glück hatte ich Geld bei mir.

Die Polizei hatte auch die Alte mitgenommen. Bolschowski versuchte, sie durch Fürsprache zu befreien.

— Mag er wenigstens um die Mutter ruhig sein.

Der Tag verging mit Hin- und Herlaufen. Ueber Kasjanoff konnte man nichts erfahren, doch gelang es schließlich, die Mutter herauszubekommen. Eine bekannte Dame hatte die Rolle einer Verwandten übernommen und nahm sie auf ihre Verantwortung zu sich. Auf der Bezirkswache hatten wir die Arme unter der Aufsicht eines besoffenen Weibes gefunden. Sie war so eingeschüchtert, daß sie uns noch in dem Wagen, in dem wir heimfuhren, erschreckt anschaute. Man kann sich schwer etwas Rührenderes vorstellen, als diese stillen Tränen im Antlitz des greisen Menschenkindes, das Angst hatte laut zu klagen oder Widerstand zu leisten.

— Wir fahren zu Mitja! — sagte Tarntina.

— Nicht ganz so, aber Mitja hat es so angeordnet — verbesserte Bolschowski. Die alte Dame schaute ihn an: „Mitja hat angeordnet" wiederholte sie. Und sie hatte von dem Augenblick ein unbegrenztes Vertrauen zu ihm.

— Kindern und Kranken muß man immer die **Wahrheit sagen** — wandte er sich an Tarntina.

Diese errötete und er strich ihr über die Schulter, um sie zu besänftigen.

— **Sie hat zwei Nächte nicht geschlafen — sagte er zu mir — sie hat zehn Rubel für ein Paar Stiefel ausgegeben und nun rechnet sie immerzu aus, wieviel Tage ein Tagelöhner mit seiner Familie** davon hätte leben können.

Ich beobachtete, daß Martynoff ihn für diese Worte dankbar anblickte.

Bolchowski soll kaum dreißig Jahre alt gewesen sein, machte aber einen älteren Eindruck, und Leute, die fast ebenso alt waren wie er, brachten ihm eine natürliche Ehrerbietung entgegen, welche ehrlich Menschen wie eine Atmosphäre umgibt; seine Seele schien rein und durchsichtig zu sein. **Alles an ihm hatte einen besonderen Zauber und doch fühlte man sich frei und gut in seiner Gegenwart.**

Abends fand ich Kasjanoffs Mutter auf einem Schemelchen neben ihm sitzen mit einer Häkelarbeit.

— Matrona Pawlowna macht eine warme Jacke für ihren Sohn — sagte Bolchowski, als ich eintrat.

Die Alte lächelte ihm zu und ich glaube nicht, daß eine Frau ihren Geliebten wärmer und strahlender anschauen kann.

— Wenn die Jacke fertig ist, schicken wir sie gleich dem Mitja.

Er hatte ihr ungefähr die ganze Wahrheit gesagt, indem er die Worte ihrem Begriffsvermögen anpaßte: Es gäbe soviel Elend in der Welt und dies hätte Mitja nicht ertragen können. Nun leide er, weil er unglückliche Leute verteidigt hätte, aber diese denken an Mitja und werden es erfahren. Es könnte einem Menschen, den so viele liebten, nichts geschehen. Jetzt brauche er manches und sie müsse für ihn sorgen, wie er es bisher für sie getan hätte. Er hatte sich ihr gegenüber ganz so verhalten, als wäre sie gesund. Mit unerhörtem Takt hatte er die gesunden Saiten ihrer Seele herausgefühlt und zum Klingen gebracht. In wenigen Stunden hatte er sie beruhigt und an sich gewöhnt.

Es mußte noch irgend etwas vorgefallen sein. Denn Tarntina hatte verweinte Augen und Martynoff gab sich Mühe unnatürlich tief zu sprechen.

Während ich in die Küche hinausging, hörte ich die Worte: „Nun ist es aber bald unanständig mir immerzu seinen Widerwillen zu zeigen."

Bolchowski lachte, als ich wieder hereinkam. Nach dem Tee erschien eine Flasche Sekt. Tarntina blickte Bolchowski vorwurfsvoll an, sie wollte damit sagen: Kasjanoff ist in Not und Sie denken an Sekt. Der aber lächelte nur und sagte: „Für unsern lieben Gast." Dabei zwinkerte er mir zu.

Als man die Gläser gefüllt hatte, nahm er Tarntina und Martynoff an den Händen:

— Auf das Wohl des jungen Paares! Möget Ihr recht viel Glück im Leben finden!

Martynoff versuchte ihm die Hand zu entziehen, der Tarntina gelang es sogar.

— Sind das **nicht komische Leute — lachte Bolchowski** — sie haben sich die Ehe **pro forma versprochen, und jedes versucht seine Liebe vor dem andern zu verbergen, sie zu opfern. Keiner will sich dem andern aufdrängen. Wenn ich Euch nicht so genau kennen würde und wüßte, daß Ihr beide es fertig brächtet, so aneinander vorbeizugehen, ohne ein Wort zu sagen, ich würde mich nicht darein mischen ...**

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240805-19/fragment/page=0007

Gewerkschaftsbewegung

Furcht vor der Verantwortung

Unter dieser Ueberschrift bringt das hallische „Volksblatt" und dessen Ableger, der „Landbote", einen Artikel, der geeignet ist, in den Kreisen der Landarbeiter die schlimmsten Illusionen zu erwecken. Mit den gemeinsten Intrigen täuschen Saupe und Ko. den Landarbeitern den DLW. als starken Mann vor, vor dem die Junker mit nassen Hosen auf dem Bauche liegen. Im Interesse der Landarbeiter würden wir glücklich sein, wenn tatsächlich der DLW. ein Machtinstrument in den Händen der Landarbeiter gegen die Willkürakte der ausbeutenden Junker bedeuten würde. Daß die rauhe Wirklichkeit den Landjunkern den DLW. nicht als Popanz, sondern im Gegenteil als ihren getreuen Schutzengel gegen die revolutionäre Flut erscheinen läßt, ist oft genug bewiesen. Der Zweck dieser erwähnten Artikel wird jedem denkenden Landarbeiter klar, wenn er seine elenden, tieftraurigen Verhältnisse mit den spaltenlangen Hetzartikeln dieser gewissen- und skrupellosen Intriganten in Zusammenhang bringt. Bezüglich der von uns propagierten Kampfstrategie, ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit, aus der Masse von unten herauf, aus den einzelnen Belegschaften der Güter, einheitliche Tarifkommissionen als Kampforgane zu schaffen, faßt sich der Artikelschreiber an den Kopf und fragt sich, ob die Wirkung der Sonne so stark war, daß bei den leitenden Personen des DLWD. das Denkvermögen verlorengegangen ist. Die Beurteilung dieser Frage wollen wir den Landarbeitern überlassen. In Erinnerung bringen wir den mitteldeutschen Landarbeiterstreik vom Jahre 1922, wo ebenfalls durch die Landarbeiterschaft ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit der Streik geschlossen geführt wurde und nur durch das Verhalten der Vertreter des DLW. zum Scheitern gebracht wurde. Praktisch genommen bedeutet die Einstellung der DLWD.-Größen: „solange wir nicht den letzten alten Großvater für den DLW. gewonnen und den VLWD. beseitigt haben, können wir keinen Kampf führen." Unter dieser Maske versuchen diese Helden zu verbergen, daß sie es für angebracht halten, überhaupt keinen Streik um bessere Lohnbedingungen für das Landproletariat zu führen. Sie behaupten noch immer, trotz der Tatsache, daß sie von seiten der Junker mit Hohn und Ironie abgetan werden, daß der Kampf um bessere Verhältnisse im Kuhhandel der Arbeitsgemeinschaft bestehen müsse. Diese Auffassung geben sie umumwunden zu, indem sie unseren Grundsatz — den Karl Marx aufstellte: **„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein"**, in demagogischer Weise zu mißkreditieren versuchen. In diesem Falle behaupten wir, daß, wenn ihnen auch nicht durch die Einwirkung der Sonne (denn sie kommen aus ihren Bureaus und Quasselbuden nicht heraus), der Gehirnkasten eingetrocknet ist, so doch mindestens ihre geistige Minderwertigkeit bewiesen sein dürfte. Die Erfahrung hat uns einen bitteren Geschmack von der Ehrlichkeit dieser Konsorten beigebracht, den die Massen der Landarbeiter schwerlich verlieren werden. Es war beim ersten großen Landarbeiterstreik in Mecklenburg, als die Führer des DLW. den Kollegen beim Einsatz der Teno durch sozialdemokratische Minister sagten: **„Gegen den Einsatz der Technischen Nothilfe haben wir nichts einzuwenden, denn Volksernährung geht vor Arbeiterrecht!"** Dieselben Sozialdemokraten, Severing, Noske usw. waren es, die die Hungerrevolten mit Waffengewalt niederschlagen ließen, ehrliche Revolutionäre hinter Zuchthausmauern brachten, und heute um die Gunst der Landarbeiter für den reaktionären Streikbrecherbund „Schwarz-Rot-Gold" buhlen. Der Zweck ihres Indianergeheuls und Eiertanzes ist, die Kollegen von dem Gedanken der Notwehr abzubringen, bis die Ernte den Junkern gesichert ist. Daß diese Behauptung eine nicht zu leugnende Tatsache ist, wird jedem Landarbeiter aus den Zeilen des Artikels: „Die Landarbeiter und die Erntestreiks" des hallischen „Volksblattes" klar werden. Hier heißt es wörtlich:

„Die freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter erkennen in Gemeinschaft mit den Landwirts- und den Landwirtschaftskammern an, daß alles getan werden muß, die Ernte so schnell und reibungslos wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. Sie sind aus dieser Erkenntnis heraus auch bereit, eine ganze Reihe ihrer Wünsche bis zu einem späteren Zeitpunkt zurückzustellen."

Der Oberbonze Georg Schmidt spielt die gekränkte Leberwurst, weil die Junker ihn beschuldigen, „die Notlage der armen Agrarier" nicht genügend gewürdigt zu haben. Aus Reinlichkeitsgründen lehnen wir es ab, auf die einzelnen Schmutzartikel besonders einzugehen. Für uns als revolutionärer Teil des Landproletariats steht fest, daß die Folgen dieser Korruption allein auf das Konto der Saupe und Genossen gesetzt werden muß und die Abrechnung der Landarbeiter nicht ganz schmerzlos für diese Leute sein wird. Aus Furcht vor der Verantwortung ihrem großen Georg und der Meute der SPD. gegenüber, werden die Landarbeiter auf die Verhandlung am 4. August, und nachdem auf eine spätere Zeit nach der Ernte vertröstet. Aus Furcht vor der Verantwortung den Agrariern gegenüber, werden alle Versuche zur Schaffung einer gemeinsamen Kampffront mit den gemeinsten und infamsten Hetzartikeln beantwortet und aufgehalten. Wenn auch heute noch von diesen Verbrechern am Landproletariat der Vormarsch der Revolution gehemmt wird, so steht auch für den rückständigsten Landarbeiter bereits fest, daß sie die Weltrevolution nicht verhindern werden. Dann wird es an der Zeit sein, für Saupe und seine Handlanger, mit den Agrariern gemeinsam in deren Schlupfwinkel vom November 1918 sich zu verkriechen, aus Furcht vor der Verantwortung!

Generalversammlung des Verbandes der Bauarbeiter

Die Generalversammlung des Verbandes der Ausgeschlossenen Bauarbeiter hatte folgende Tagesordnung:

1. Kassenbericht vom 2. Quartal. 2. Stellungnahme zum Verbandstag und Aufstellung der Kandidaten. 3. Verschiedenes.

Kollege Eckstein gab den Kassenbericht, derselbe ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Für die Hauptkasse ist ein Ueberschuß von 2493,45 Mk. zu verzeichnen, für die Lokalkasse eine Mehrausgabe von 1017,25 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 2246 zahlende und 2787 buchmäßige. Eine Diskussion fand über den Kassenbericht nicht statt, daraufhin wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt.

Zum bevorstehenden Verbandstag berichtet Kollege Steitz: Auf Grund unserer Abrechnung hat Halle drei Delegierte zu wählen, es ist jedoch erforderlich, daß mehr Kandidaten als Delegierte zu wählen sind, aufgestellt werden. Nach reger Diskussion werden die Kollegen A. Hertel, Gustav Würker, Walter Werner, Wilhelm Wilde und Paul Spieß als Kandidaten aufgestellt. Die eingegangenen Anträge betreffs Aenderung der Statuten werden einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem wird einstimmig beschlossen, daß alle in Arbeit stehenden Kollegen zur Unterstützung der gemaßregelten Kollegen pro Woche 1 Mk. Solidaritätsbeitrag abzuführen haben. Die Gemaßregelten haben jeden Montag, Mittwoch und Freitag zur Kontrolle in der Produktiv-Genossenschaft in der Zeit von 10—12 Uhr zu melden. Auch die ländlichen gemaßregelten Kollegen haben diese Zeit innezuhalten, wer sich nicht meldet, geht der Gemaßregeltenunterstützung verlustig.

Arbeitszeit und Lohnforderungen in der hallischen Metallindustrie

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben:

Die Unternehmer haben die Verbindlichkeitserklärung über den Schiedsspruch wegen der Arbeitszeit beantragt. Dieser enthält bekanntlich eine Verlängerung der 56stündigen Arbeitswoche bis zum 1. November. Die Verhandlungen darüber finden morgen in Berlin mit dem Reichsarbeitsminister statt.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Die Reorganisation der Partei auf Betriebszellen

Von Gabriel Sauvage (Paris)

Auch in der KPF. steht die Frage der Betriebszelle im Vordergrund der Parteidiskussion. Wir geben hier einen der Artikel wieder, die die „Humanite" regelmäßig zur Frage der Reorganisation der Parteiorganisation veröffentlicht.

(Die Red.)

Seit einigen Monaten steht in unserer französischen Partei die Frage der Betriebszellen auf der Tagesordnung. Eine zentrale Betriebszellenkommission, oder, besser gesagt, eine Reorganisationskommission der Partei ist gewählt worden. Damit diese schnell und gut arbeiten kann, ist es nötig, daß alle Parteimitglieder Klarheit darüber haben, was die Betriebszellen sind und welche Rolle ihnen zufällt. In einer Serie von Artikeln werden wir deshalb dazu Stellung nehmen.

Aktive Teilnahme an den Tageskämpfen

Die folgende Feststellung muß vorausgeschickt werden. Damit eine kommunistische Partei die vor ihr stehenden Aufgaben erfüllen kann, ist es notwendig, daß ihre Struktur den Bedingungen und den Zwecken ihrer Aktion entspricht. Nun ist es so, daß die augenblickliche Struktur der französischen Partei weder dem zu erreichenden Endziel, noch den nächsten Kampfzielen entspricht.

Welches ist in Wirklichkeit das Endziel einer kommunistischen Partei? **Es ist der Sturz der Bourgeoisie, die Eroberung der Macht und die Durchführung des Kommunismus.** Das nächste Ziel ist: Die Eroberung der Mehrheit der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse durch eine aktive Teilnahme an den Tageskämpfen und durch die Führung dieser Kämpfe.

Um das Ziel zu erreichen, genügt es nicht, ein kommunistisches Programm anzunehmen, in der Propaganda die früheren Grundsätze durch diejenigen des Kommunismus zu ersetzen. Es muß dazu die regelmäßige Teilnahme aller Mitglieder der Partei an der täglichen Kleinarbeit kommen, und zwar dort, wo die Arbeitermassen sich befinden: in den Hütten und Schächten, in den Werkstätten und Bureaus.

Die Arbeit im Betrieb

Die deutsche Revolution (Oktober 1923) hat ganz klar gezeigt, daß es unmöglich ist, ohne die Betriebszellen, ohne eine enge Verbindung mit den proletarischen Massen, diese mit in den Kampf zu bringen und sie zu führen, daß es ohne die Betriebszellen unmöglich ist, deren Geisteszustand und ihre Stimmung zu erkennen und den günstigsten Moment auszuwerten, daß es, mit einem Wort gesagt, unmöglich ist, ohne sie die Bourgeoisie zu besiegen. Es kommt vor allem darauf an, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen, und dieses Vertrauen wird sich die Partei nur erwerben, wenn sie sich fest in den Arbeitsplätzen organisiert und verwurzelt. Im Betrieb — da spürt der Arbeiter am lebendigsten die kapitalistische Unterdrückung, hier kommen die Klassengegensätze am klarsten zum Ausdruck, hier ist der Arbeiter am empfänglichsten für unsere Propaganda.

Im Betrieb ist der Kommunist nicht mehr ein Fremdling, sondern der Arbeitskollege, der dasselbe Leben führt, wie die anderen Arbeiter, der auf dieselbe Weise ausgebeutet wird wie sie. Wenn unser Genosse als wirklicher Kommunist im Betrieb zu arbeiten versteht, dann hat er hier die meisten Aussichten, die nichtkommunistischen Arbeiter für die Kommunistische Partei, d. h. für die proletarische Revolution zu gewinnen.

Die Wahlorganisation entspricht nicht mehr unserer Partei

Die jetzige Organisationsform der Partei ist ein Ueberrest der alten sozialistischen Partei. Diese letztere hatte ein rein auf die Wahlen zugeschnittenes Ziel. Der parlamentarische Einfluß genügte ihr; deshalb war auch die Organisation nach Wahlkreisen aufgebaut. Nur in Worten verteidigte sie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, obwohl gerade diese die Arbeiter am empfindlichsten berührten.

Eine kommunistische Partei ist keine parlamentarische Partei, sondern eine revolutionäre Organisation, die die Revolution vorbereitet. Deshalb kann die bisherige Struktur unserer Organisation nicht mehr genügen.

Das war es auch, was die Kommunistische Internationale auf dem 3. Weltkongreß von uns verlangte. In den dort angenommenen Thesen hieß es:

„Bis ein weitverbreitetes Netz von kommunistischen Zellen, Fraktionen und Arbeitsgruppen an allen Brennpunkten des proletarischen Klassenkampfes in Wirksamkeit ist, bis jedes Mitglied der starken, zielbewußten Partei an der täglichen revolutionären Arbeit teilnimmt und diese Teilnahme sogar zur selbstverständlichen Gewohnheit geworden ist, darf die Partei sich bei ihren Anstrengungen zur Durchführung dieser Arbeit keine Ruhe gönnen."

Die französische Partei muß diese neue Organisationsform durchführen. Deswegen muß jeder Bezirk, jede Ortsgruppe diese Frage auf die Tagesordnung setzen, muß jedes Parteimitglied sich absolute Klarheit über den Sinn und Zweck der Betriebszellenarbeit verschaffen. Durch ein eingehendes Studium dieser Frage werden alle Genossen einsehen, daß die wirkliche revolutionäre Arbeit auf dem Gebiet des Klassenkampfes nur mit der neuen Organisationsform der Partei, mit der neuen Gruppierung ihrer Mitglieder, durchgeführt werden kann.

Ist die politische Notwendigkeit der Reorganisation auf Betriebszellen erkannt, dann wird ihre Durchführung leicht sein.

Genosse Sinowjew zur Frage der Betriebszellen

In der organisatorischen Frage glaube ich, ist es Zeit, ernsthaft an die Frage der Organisation unserer Parteien auf Grund der Betriebszellen heranzugehen. Wir würden dabei Mitglieder verlieren — so wird behauptet. Wir müssen aber den Arbeitern sagen, daß eine Kommunistische Partei unbedingt auf der Grundlage der Produktion aufgebaut sein muß. Die bisherige Organisation nach Wohnbezirken war ein Ueberrest der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie baute ihre Organisationen als Wahlapparat, zu Wahlzwecken auf und wo unsere Kommunistische Partei so aufgebaut ist, hat sie in dieser Hinsicht noch ein gut Teil von der Sozialdemokratie an sich. Wir müssen endlich die Partei auf Betriebszellen umstellen, damit wir auf dem 6. Weltkongreß darüber nicht mehr zu sprechen brauchen.

(Rede auf dem 5. Weltkongreß.)

Winke für Schrebergärtner

Die Direktionen der Großbetriebe bemühen sich, durch Herausgabe von Betriebszeitungen die Belegschaften systematisch zu Spießbürgern zu erziehen. Die Betriebszelle der Firma Meier & Weichelt in Leipzig hat in ihrer Betriebszeitung „Der Hammer" die liebevollen Ratschläge der Direktion in folgender Weise ergänzt.

Wir empfehlen diese Methode zur Nachahmung in allen Betriebszeitungen. (Red. b. Kl.)

„Im Mitteilungsblatt für die Werksangehörigen der Firma Meier & Weichelt, herausgegeben von den Oberscharfmachern des Betriebes, werden u. a. auch Winke für Schrebergärtner mitgeteilt. Freund „Frechdachs", der zweite Redakteur unserer Betriebszeitung hat nun festgestellt, daß diese Winke durchaus nicht vollständig sind für unsere Schrebergärten und gestattet sich deshalb, durch dieses noch einige Ratschläge den Arbeitern der Firma, die Schrebergärten-Inhaber sind, mitzuteilen:

1. Lieber Schrebergärtner — Du sollst, wenn Du abends von der Arbeit kommst und schnell in Deinen Garten rennst, um den ganzen Abend Jauche zu schöpfen, nicht vergessen, daß Du Dich politisch zu orientieren hast, indem Du die „Sächsische Arbeiterzeitung" liest, denn nur sie allein bekämpft erfolgreich die **politischen Blattläuse.**

2. Wenn Du rote Rosen beschneidest in Deinem Garten, dann denke daran, wie man Dir bereits die politischen und wirtschaftlichen Rechte beschnitten hat und sorge dafür, daß Du Dir diese Rechte wieder gemeinsam mit Deinen Arbeitsbrüdern erkämpfst in einer geschlossenen Arbeiterorganisation — durch **Beitritt zur KPD.**

3. Beim Stachelbeerenpflücken überlege Dir sehr sorgfältig, ob Du am Abend nicht noch eine öffentliche Versammlung zu besuchen hast, wo der Gesamtarbeiterschaft klar gemacht wird, wie sie belogen und betrogen wird und wie sie kämpfen muß, um endlich der Ausbeutung ein Ende zu machen.

4. Und wenn Du im Herbst die Früchte Deines Gartens einerntest, dann vergiß nicht, daß Dir trotz zehn- und mehrjähriger Arbeitskraft die Frucht Deiner Arbeit noch immer nicht in den Schoß gefallen ist und kämpfe deshalb! Zuerst für Deine politische Ueberzeugung und um Deine wirtschaftlichen Rechte, und sage das ganze Kapitalistengesindel durch den revolutionären Kampf um die Diktatur des Proletariats zum Teufel! Dann wirst Du nicht nur die Früchte Deines Gartens, sondern die Frucht Deiner Lebensarbeit für Dich und Deine Nachkommen einernten.

Darum handle, schließ Dich der politischen Arbeiterorganisation, der KPD. an — lies die „Sächsische Arbeiterzeitung", agitiere und kämpfe politisch und laß Dich nicht durch die Schrebergartenarbeit — was der Sinn der kapitalistischen Arbeit für die Schrebergärten ja ist — von Deinem Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Rechte des Proletariats ablenken.

Ein feiner Betriebsrat

Bei der Firma Krupp in Essen waltet ein Betriebsrat seines Amtes, dessen Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei angehört. Zum Leidwesen des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach muß der Betriebsratsvorsitzende Brehme die im Interesse der Firma ausgeübte Tätigkeit wegen Krankheit unterbrechen.

In Anerkennung der persönlichen Tätigkeit dieses Betriebsratsvorsitzenden hat Herr Krupp von Bohlen und Halbach in einem an ihn gerichteten Briefe die Kleinigkeit von 300 Mark beigelegt, welche der Kranke zu seiner Genesung persönlich verwenden soll.

Die Sozialdemokraten, die sich der Auswirkung dieses Geschehens durchaus bewußt sind, versuchen, die Geschichte zu vertuschen.

Warum sieht sich Herr von Bohlen und Halbach veranlaßt, seinem Betriebsratsvorsitzenden ein solches Geschenk zu machen? Es ist nur aus der Tatsache zu erklären, daß dieser Betriebsratsvorsitzende bis jetzt seine Aufgabe darin gesehen hat, die Interessen der Firma Krupp und nicht die der Belegschaft zu vertreten.

Die Arbeiter und nicht zuletzt die SPD.-Arbeiter werden erkennen, daß die Geldspende an den Betriebsratsvorsitzenden nur als Judaslohn zu betrachten ist. Diejenigen, die bis jetzt noch der SPD. Gefolgschaft leisten, müssen die Konsequenzen daraus zu ziehen wissen.

Ueber das Ergebnis wird abends im „Volkspark" in einer Sitzung sämtlicher Funktionäre vom DMW. berichtet werden. Es ist deshalb Pflicht sämtlicher Kollegen, zu erscheinen.

Erwerbslose Kollegen! Alle Mitglieder des DMW., die länger als 20 Wochen arbeitslos oder ausgesteuert sind und sich am Montag noch nicht gemeldet haben, müssen sich am Mittwochvormittag zwischen 10 und 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8, einfinden.

Ununterbrochenes Steigen der Erwerbslosenziffern

Dem Bericht des Landesarbeitsamtes Berlin entnehmen wir über die Arbeitsmarktlage der städtischen Arbeitsnachweise für die Woche vom 21. bis 26. Juli nachfolgende Zahlen:

Am 21. Juli waren auf den Arbeitsnachweisen 96 648 (67 654 männliche und 28 994 weibliche) Erwerbslose gemeldet. In der Berichtswoche meldeten sich neu arbeitslos 18 149 (11 142 männliche und 707 weibliche). Der Abgang betrug 15 861 (9235 männliche und 6626 weibliche), so daß am 26. Juli 98 936 (69 561 männliche und 29 375 weibliche) Erwerbslose angemeldet waren.

Das bedeutet, daß innerhalb einer Woche fast 2500 Proletarier aufs Straßenpflaster geflogen sind, eine Entwicklung, die ihren Fortgang nimmt bis zu dem Tage, wo die Arbeiterschaft ein eisernes Halt! gebieten wird.

Teno gegen streikende Landarbeiter

(Eig. Drahtm.) Schwerin, 5. August.

Im Streik der Landarbeiter im Amtsbezirk Hagenow (Mecklenburg-Schwerin) wurde auf den bestreikten Gütern die Technische Nothilfe eingesetzt. Der Streik der Landarbeiter geht unverändert weiter.

Rückkehr zum Achtstundentag

WTB. Essen, 4. August.

Die Stadtverordnetenversammlung in Hamborn nahm einen Antrag auf Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche an Stelle des bisher geltenden 10-Stunden-Tages für die städtischen Beamten und Arbeiter an.

Verantwortlich: Hans Arban für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240805-19/fragment/page=0008